



Grosser Stadtrat der Stadt Schaffhausen

PROTOKOLL

Sitzung Nr. 15
Dienstag, 24. November 2015
18:02 - 20:16 Uhr
Grossratssaal der Rathauslaube
Genehmigt am: 17.12.2015

Vorsitz:	Dr. Cornelia Stamm Hurter	SVP
Protokoll:	Gabriele Behring Veronika Michel	Ratssekretärin Protokollführerin
Stimmenzähler:	Beat Brunner Andi Kunz Rainer Schmidig	EDU AL EVP
Anwesend:	Von total 36 Mitgliedern: Ratspräsidentin und 34 Mitglieder	
Entschuldigt: Ganze Sitzung:	SR Urs Hunziker Till Hardmeier	JFSH
Anfang der Sitzung:	Edgar Zehnder	SVP

TRAKTANDEN

1	Vorlage des Stadtrats vom 5. Mai 2015: Strategie zur Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus (Botschaft und Stellungnahme zu den Initiativen "Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus" und "Für bezahlbaren Wohnraum")	Seite 7
2	Vorlage des Stadtrats vom 11. August 2015: Bodenpolitik der Stadt	Seite 20
3	Postulat Urs Tanner vom 28. April 2015: Bewerbung um das Label UNICEF "Kinderfreundliche Gemeinde"	Seite 28

PENDENTE GESCHÄFTE**EINGANG TITEL DES GESCHÄFTES**

20.11.2012	Erweiterung Schulhausanlage Breite (behandelt im GrSR am 17. September 2013 und 20. Januar 2015 – Weiterbehandlung in der FK Bau)	FK Bau
09.12.2014	VdSR Neubau Werkhof SH Power im Schweizersbild	SPK
09.12.2014	Postulat Hermann Schlatter (SVP): Kostendeckende Abfallentsorgung	
31.03.2015	Postulat Till Hardmeier (JFSH): Optimierungsmöglichkeiten bei der Abfallentsorgung	
18.05.2015	Interpellation Patrik Simmler (JUSO): Analyse der Folgen verschiedener Steuersenkungen für die Stadt Schaffhausen	
26.05.2015	Verfahrenspostulat von Urs Tanner (SP): Ganzes Sitzungsgeld für die ganze Sitzung	
02.06.2015	Postulat von Daniel Böhringer (AL): Optimierungsmöglichkeiten der Abfalltrennung	
30.06.2015	Interpellation Dr. Katrin Bernath (GLP): Sanierung der KSS Sport- und Freizeitanlagen mit Weitsicht	
11.08.2015	Verfahrenspostulat Stefan Marti (SP): Optimierung des Ratsbetriebs nach der Auswertung fünf Jahre verkleinertes Parlament	
08.09.2015	Botschaft des Stadtrats an den Grossen Stadtrats zum Budget 2016	GPK
15.09.2015	Rheinuferneugestaltung	SPK
15.09.2015	Motion Urs Tanner (SP): Attraktivierung Breite	
13.10.2015	VdSR Teilrevision der Tarifordnung für die Siedlungsentwässerung	GPK
20.10.2015	VdSR Tempo 30-Zone Rheinbühlstrasse und Rebhangstrasse	FK Bau
27.10.2015	Motion Hermann Schlatter (SVP): Wie verbessern wir die strategische Führung und machen SH-Power fit für die Strommarkliberalisierung?	
13.10.2015	VdSR Massnahmen frühe Förderung, Anpassung der Verordnung über die Subventionierung von Spielgruppen	FK Soziales
27.10.2015	Motion Hermann Schlatter (SVP): Wie verbessern wir die strategische Führung und machen SH Power fit für die Strommarkliberalisierung?	

Kleine Anfragen 2015:

- Kleine Anfrage von Dr. Katrin Bernath (GLP) vom 18. August 2015: Klimaangepasste Stadtentwicklung
- Kleine Anfrage von Walter Hotz (FDP) vom 31. August 2015: Realsatire im politischen Verein "Schauwerk"
- Kleine Anfrage von Urs Tanner (SP) vom 3. September 2015: Raubkunst im Besitz der Stadt Schaffhausen?
- Kleine Anfrage von Daniel Böhringer (AL) vom 9. September 2015: Verkehrsentwicklung Mühlentalstrasse/Spitalstrasse
- Kleine Anfrage von Alfred Tappolet (SVP) vom 24. September 2015: Neueröffnung „Klima Power Shop“
- Kleine Anfrage von Iren Eichenberger (ÖBS) vom 19. Oktober 2015: Folgen einer Aufhebung der Ausgleichungsregelung

- Kleine Anfrage Mariano Fioretti (SVP) vom 26. Oktober 2015: Der Erziehungsrat will allen Gemeinden die integrative Schulform aufzwingen

BESCHLÜSSE UND ERLEDIGTE GESCHÄFTE

**Traktandum 1 Vorlage des Stadtrats vom 5. Mai 2015:
Strategie zur Förderung des gemeinnützigen
Wohnungsbaus (Botschaft und Stellungnahme zu den
Initiativen „Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus“
und „Für bezahlbaren Wohnraum“)**

Der Grosse Stadtrat heisst die Vorlage des Stadtrats vom 5. Mai 2015 betreffend Strategie zur Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus (Botschaft und Stellungnahme zu den Initiativen „Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus“ und „Für bezahlbaren Wohnraum“) und die Anträge in der Schlussabstimmung mit 21:11 Stimmen wie folgt gut:

1. Der Grosse Stadtrat nimmt Kenntnis von der Vorlage des Stadtrats vom 5. Mai 2015 betreffend Strategie zur Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus (Botschaft und Stellungnahme zu den Initiativen „Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus“ und „Für bezahlbaren Wohnraum“).
2. Der Grosse Stadtrat erklärt die Initiative „Für bezahlbaren Wohnraum“ für gültig.
3. Die Initiative „Für bezahlbaren Wohnraum“ wird den Stimmberechtigten mit dem Antrag auf Ablehnung zur Abstimmung unterbreitet.
4. Der Grosse Stadtrat erklärt die Initiative „Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus“ für gültig.
5. Die Initiative „Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus“ wird den Stimmberechtigten mit dem Antrag auf Ablehnung zur Abstimmung unterbreitet.

**Traktandum 2 Vorlage des Stadtrats vom 11. August 2015:
Bodenpolitik der Stadt Schaffhausen (Botschaft und
Stellungnahme zu den Initiativen „Landverkäufe vors Volk“
und „Zweckbindung der Baurechtszinsen“)**

Der Grosse Stadtrat heisst die Vorlage des Stadtrats vom 11. August 2015 betreffend Bodenpolitik der Stadt Schaffhausen (Botschaft und Stellungnahme zu den Initiativen „Landverkäufe vors Volk“ und „Zweckbindung der Baurechtszinsen“) und die Anträge in der Schlussabstimmung mit 22:4 Stimmen wie folgt gut:

1. Der Grosse Stadtrat nimmt Kenntnis von der Vorlage des Stadtrats vom 11. August 2015 betreffend Bodenpolitik der Stadt Schaffhausen (Botschaft und Stellungnahme zu den Initiativen „Landverkäufe vors Volk“ und „Zweckbindung der Baurechtszinsen“).
2. Der Grosse Stadtrat erklärt die Volksinitiative „Landverkäufe vors Volk“ für gültig.

3. Die Volksinitiative „Landverkäufe vors Volk“ wird den Stimmberechtigten mit dem Antrag auf Ablehnung zur Abstimmung unterbreitet.
4. Der Grosse Stadtrat erklärt die Volksinitiative „Zweckbindung der Baurechtszinsen“ für gültig.
5. Die Volksinitiative „Zweckbindung der Baurechtszinsen“ wird den Stimmberechtigten mit dem Antrag auf Ablehnung zur Abstimmung unterbreitet.

**Traktandum 3 Postulat Urs Tanner vom 28. April 2015:
Bewerbung um das Label der UNICEF „Kinderfreundliche
Gemeinde“**

Das Postulat wird von Urs Tanner (SP) begründet und von SR Simon Stocker beantwortet.

Gestützt auf Art. 57 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Grossen Stadtrats wandelt der Postulant den Vorstoss in eine Interpellation um. Die Interpellation wird im Rat diskutiert.

BEGRÜSSUNG

Die **Ratspräsidentin, Dr. Cornelia Stamm Hurter (SVP)**, eröffnet die Ratssitzung Nr. 15 vom 24. November 2015 mit der Begrüssung der Ratsmitglieder, des Stadtpräsidenten, der Herren Stadträte, der Gäste auf der Tribüne sowie der Medienberichterstatte(r)innen und -erstatte(r).

Die Ratsmitglieder haben erhalten, bzw. auf ihren Pulten liegen auf:

- Antwort des Stadtrats vom 17. November 2015 auf die Kleine Anfrage von Stefan Marti betreffend Schuldenabbau und Gemeindesteuer
- Individuelle Abrechnung der Sitzungsgelder des Grossen Stadtrats 2014/2015

Zuweisungsvorschläge des Büros zur Vorberatung:

VdSR vom 13. Oktober 2015: Massnahmen frühe Förderung, Anpassung der Verordnung über die Subventionierung von Spielgruppen wird vom Büro zur Vorberatung in die Fachkommission Soziales, Bildung, Betreuung, Kultur und Sport vorgeschlagen. *Kein Gegenantrag, so beschlossen.*

PROTOKOLL

Die Protokolle liegen zurzeit noch nicht vor. Das Ratssekretariat ist momentan sehr mit der Protokollierung der GPK-Sitzungen belastet. Die Protokolle werden nach ihrer Genehmigung an einer der nächsten Sitzungen aufliegen.

TRAKTANDENLISTE

Die Traktandenliste für die heutige Sitzung wurde dem Parlament rechtzeitig zugestellt.

Wortmeldung Urs Fürer (SP) zur Traktandenliste:

"Ich möchte Ihnen den Antrag stellen, Traktandum 2 von der Traktandenliste zu streichen. Begründung: Die SPK hat an ihrer Sitzung vom 4. November 2015 die Vorlage des Stadtrats zur Bodenpolitik Schaffhausen beraten und ihr zugestimmt. Im Anschluss an die Sitzung habe ich das Geschäft unter Vorbehalt der Genehmigung des Protokolls dem Ratssekretariat verhandlungsbereit gemeldet. Mit der Traktandierung des Geschäftes in diesem Jahr hat in der Kommission niemand gerechnet. So ist auch die Erstfassung des Protokolls den Kommissionsmitgliedern erst am letzten Donnerstag zugestellt worden und hat somit noch nicht genehmigt werden können. Da ich der Meinung bin, dass es mit dem Geschäft nicht eilt und wir die formalen Bedingungen einhalten sollten, bitte ich Sie, dem Antrag zur Änderung der Traktandenliste zuzustimmen. "

Anmerkung der Ratspräsidentin im Namen des Büros:

"Traktandum 2 wurde mir als Ratspräsidentin am 5. November 2015 vom Ratssekretariat verhandlungsbereit gemeldet, nachdem offenbar zwischen dem Ratssekretariat und dem Präsidenten der Spezialkommission ein Email-Verkehr betreffend Verhandlungsbereitschaft stattfand. Von diesem hatte ich keine Kenntnis. An der letzten Ratssitzung vom 10. November 2015 hatte ich anfangs Sitzung dem Rat mitgeteilt, dass das Geschäft seitens der SPK verhandlungsbereit gemeldet worden war. Ein Widerspruch erfolgte nicht. Ich kann dazu noch anmerken, dass weder ein Kommissionsbericht verfasst wurde noch eine Änderung der Anträge seitens der Kommission erfolgte. Wie bereits von Urs Fürer mitgeteilt, sind die Kommissionsmitglieder seit letztem Donnerstag in Besitz des Protokolls der SPK-Sitzung. Wir werden nun über den Antrag abstimmen (einfache Mehrheit). "

Abstimmung:

Der Grosse Stadtrat lehnt den von Urs FÜRER (SP) gestellten Antrag mit 20:12 Stimmen ab. Die Traktandenliste bleibt unverändert.

Wortmeldung SR Dr. Raphaël Rohner zur Einladung des Kantons:

"Es handelt sich bei meiner Wortmeldung um eine Präzisierung der Einladung, welche Sie zur Eröffnung der zweiten Etappe S-Bahn Schaffhausen-Herblingen erhalten haben. Es wurde mir zugetragen, der Treffpunkt sei nicht ganz klar. Sie haben auf Seite 2 der Einladung das Datum vom nächsten Samstag. Die ganze Angelegenheit ist relativ kurz gefasst; es ist ein vom Kanton organisierter Anlass. Beginnend in Neuhausen, endend in Thayngen und deswegen nur kurz in Herblingen. Von 10.45 - 11.45 Uhr sind Sie zu einem kleinen Umtrunk eingeladen. Der offizielle Akt wird stattfinden, wenn der Sonderzug mit allen Gästen von Bund, Kanton und Gemeinden zwischen 11.05 - 11.25 Uhr einfahren wird. Dies in Präzisierung der Einladung."

Wortmeldung Urs Tanner (SP), Fraktionserklärung SP/JUSO:

"Es ist schade, dass der Antrag von Urs FÜRER nicht gewonnen hat, aber Sie haben entschieden, und nun ist es so. Ein kleiner Blick in die Agenda: Nächsten Dienstag ist der 1. Dezember, dann folgen der 8. und der 15. Dezember. Damit sich das Theater nicht wiederholt: Am 15. Dezember haben wir das Schulhaus Breite traktandiert. Am 8. Dezember haben wir das Budget, und am 1. Dezember haben die meisten von Ihnen eine Fraktionssitzung. Das heisst, am 1. Dezember müssen wir das kleine Budget und die Vorlage Breite besprechen. Wenn der Fachkommissionsbericht und die Anträge nicht bis am Montag bei den Ratsmitgliedern sind, kann man das Geschäft nicht in der Fraktion besprechen. Sprich: Der 15. Dezember wäre dann überflüssig. Meine dringliche Bitte wäre (das Präsidium und der Fachkommissionspräsident Bau, Edgar Zehnder, sind darüber informiert), dass wir diese Vorlage und die Anträge termingerecht haben. Denn nur so können wir das Geschäft am 1. Dezember seriös und in langen Fraktionssitzungen diskutieren, damit der 15. Dezember ein Erfolg wird und keine 36-er SPK."

Traktandum 1	Vorlage des Stadtrats vom 5. Mai 2015: Strategie zur Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus (Botschaft und Stellungnahme zu den Initiativen "Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus" und "Für bezahlbaren Wohnraum")
---------------------	---

Urs FÜRER (SP)**Sprecher der SPK**

"Im Namen der SPK darf ich Ihnen die Vorlage des Stadtrats vom 5. Mai 2015 Strategie zur Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus vorstellen. Wir sprechen heute über die beiden Volksinitiativen „Für bezahlbaren Wohnraum“ der JUSO und „Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus“ der SP. Bevor ich auf die Vorlage eingehe, möchte ich an dieser Stelle SR Daniel Preisig für die Vorstellung der Vorlage und die kompetente Beantwortung der Fragen sowie Rebekka Gnädinger für die Erstellung der Protokolle danken.

Die SPK hat die Vorlage an zwei Sitzungen beraten. Die beiden Volksinitiativen sind am 3. Juli 2013 beziehungsweise am 1. Juli 2014 bei der Stadtkanzlei eingereicht

worden und zwar mit 618 beziehungsweise 647 gültigen Stimmen. Man könnte also sagen: Was lange währt, wird endlich gut; dies jedoch sicher nicht aus der Sicht der Initianten oder der Unterzeichnenden. So empfiehlt der Stadtrat, die beiden Initiativen nach so langer Zeit ohne Gegenvorschlag zur Ablehnung.

Zur Kommissionsarbeit: In unserer ersten Sitzung hat SR Daniel Preisig die Vorlage vorgestellt und stand der Kommission für klärende Fragen zur Verfügung.

Was wollen die Initiativen?

Die Forderung der JUSO-Initiative „Für bezahlbaren Wohnraum“ fordert die Stadt auf, innert fünf Jahren 200 Wohnung zu erstellen und alle stadteigenen Wohnungen nach dem Prinzip der Kostenmiete zu vermieten. Der Stadtrat sieht in diesen Forderungen primär den hohen Investitionsbedarf und fehlende Baulandreserven als grosse Hindernispunkte.

Die zweite Initiative der SP fordert vom Stadtrat eine Änderung der langfristigen Wohnbaustrategie. Die Stadt wird aufgefordert, bis zum Jahr 2040 den Anteil des gemeinnützigen Wohnungsbaus auf 14% zu erhöhen. Diese Forderung soll mit einem Verfassungsartikel erreicht werden. Der Stadtrat hat die aktuelle Situation auf dem Wohnungsmarkt analysiert und ist zum Schluss gekommen, dass es unrealistisch sei und dieses Ziel mit privaten Wohnbaugenossenschaften nicht erreichen werden könne. Der Stadtrat geht davon aus, dass die Zielerreichung von heute 6% auf neu 14% nur mit Hilfe der Stadt machbar wäre, und konkrete Zielvorgaben über einen langen Zeithorizont sind nach Ansicht des Stadtrates nicht sinnvoll. Auch hier empfiehlt der Stadtrat die Ablehnung der Initiative ohne Gegenvorschlag und will stattdessen die 4-Säulen-Strategie weiter verfolgen.

Die vier Säulen sind:

- Säule 1: Förderung privater Wohnbaugenossenschaften mit Vorzugskonditionen bei der Baurechtsabgabe
- Säule 2: Abgabe geeigneter Grundstücke/Liegenschaften im Baurecht an gemeinnützige Wohnbauträger, insbesondere zur Förderung von günstigem und/oder altersgerechtem Wohnraum
- Säule 3: Vernetzungs- und Informationsanlässe für Wohnbaugenossenschaften zur Nachfolgesicherung und für neue Projekte
- Säule 4: Stadt als Drehscheibe und Vermittlerin im Liegenschaftsmarkt mit Steuerungsfunktion

Die SPK ist einstimmig auf die Vorlage eingetreten und hat sie an der zweiten Sitzung im Detail beraten. Dabei sind hauptsächlich die Fragen der Vergleichbarkeit der Städte auf Seite 13 der Vorlage, die Definition der Begriffe gemeinnütziger versus sozialer Wohnungsbau und die Gründe für den steigenden Wohnraumbedarf diskutiert worden.

In der Abstimmung zu den Anträgen sind die beiden Anträge 3 und 5 mit jeweils 7:4 Stimmen im Sinne des Stadtrats verabschiedet worden. In der Schlussabstimmung wird der Vorlage mit 7:1 Stimmen, bei 3 Enthaltungen, zugestimmt. Somit hat also das stimmberechtigte Volk das letzte Wort.

Da ich mich bei der Schlussabstimmung enthalten habe, wird Ihnen mein Fraktionskollege Patrick Simmler die Stellungnahme der Fraktion mitteilen. “

Thomas Hauser (FDP)**FDP/JFSH-Fraktionserklärung**

"An sich liegen bei diesem Traktandum drei Geschäfte vor.

- Einerseits das Papier über die Strategie des Stadtrates zur „Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus“ – und
- andererseits zwei Volksinitiativen „Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus“ und „Für bezahlbaren Wohnraum“.

In der FDP/JFSH-Fraktion haben wir die Papiere eingehend diskutiert und festgestellt, das Strategiepapier des Stadtrates basiert auf realistischem Zahlenmaterial und führt zu einem Vier-Säulen-Modell, das überzeugt und allen Anforderungen genügt. Da hingegen schiessen die beiden Volksbegehren böse über das Ziel hinaus oder am Ziel vorbei.

Die erste Volksinitiative, die verlangt, dass in den nächsten fünf Jahren die Stadt Schaffhausen mindestens 200 Wohnungen erstellt und per Kostenmiete vermietet werden sollen, ist aus zwei Gründen falsch:

1. Die Stadt Schaffhausen hat im Wohnungsmarkt nicht mitzumachen.
2. Die Zahl 200 ist überzogen. An einen allfälligen Gegenvorschlag zu denken und die Zahl 200 zu senken, bringt nichts, denn die geforderte falsche Stellung der Stadt als aktiver Player im Wohnungsmarkt wäre nicht vom Tisch. Also bleibt nur, diese Initiative im Sinne des Stadtrates den Stimmbürgern und Stimmbürgerinnen zur Ablehnung zu empfehlen.

Auch die zweite Volksinitiative, die verlangt, dass bis 2040 14% des Wohnungsbestandes gemeinnütziger Wohnungsbau ausmachen soll, ist aus zwei Gründen zu verwerfen:

1. Auch hier hat die Stadt oder die öffentliche Hand nicht aktiv in den Wohnungsmarkt einzugreifen und
2. die Zahl von 14% Mindestanteil ist ein willkürlicher "Handgelenk mal Pi-Wert" genauso wie die Jahreszahl 2040. Nun könnte man sich bei diesen Zahlen auch einen Gegenvorschlag überlegen. Dies nützt aber auch hier nichts, weil der geforderte Grundauftrag mit „aktivem Einsatz der Stadt“ ordnungspolitisch falsch ist. Deshalb ist auch dieses Volksbegehren zur Ablehnung zu empfehlen.

Zusammenfassend halte ich fest: Die FDP/JFSH-Fraktion wird auf die Vorlage eintreten und den Anträgen des Stadtrats zustimmen.

Den Stadtrat bitten wir, an seiner aufgezeigten Strategie festzuhalten und die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger fordern wir auf, beide Initiativen abzulehnen.

Gleichzeitig möchten wir gegenüber den Initianten und ihren Parteien unsern Unmut bekanntgeben, dass sie mit vier nicht umsetzbaren Initiativen Parteiwerbung betreiben und die Steuerzahlenden dafür mit Kosten für vier Volksabstimmungen belastet werden. Dies ist gelinde gesagt unlauterer Wettbewerb oder teurer politischer Unfug. "

Markus Leu (SVP)**SVP/EDU-Fraktionserklärung**

"Es freut mich, Ihnen die Fraktionserklärung der SVP/EDU-Fraktion zu den erwähnten Initiativen vorzutragen. Vorweg möchte ich SPK-Präsident Urs Fürer danken für die Erläuterungen und das Vorstellen der Ergebnisse aus den SPK-Sitzungen.

Diese beiden Initiativen tönen verlockend und sind verführerisch. Jedoch beim genauen Hinschauen erkennt man schnell, dass diese ideologisch geprägt sind und auf Verstaatlichung hinarbeiten. SP und JUSO haben die Volksinitiativen von ihren Genossen in Zürich abgeschrieben. Ungeachtet der lokalen Verhältnisse fordern sie im Einklang mit der Parteiparole aus Zürich mehr Staat im Wohnungsmarkt. Sie wollen der Stadt auf Teufel komm raus etwas aufzwingen, was die Privatwirtschaft viel besser kann, nämlich den Bau von Wohnungen. Die Begründung dazu lautet: Angeblich gibt es in unserer Stadt keine günstigen Wohnungen.

Die im Bericht des Stadtrats zusammen getragenen Fakten entlarven die SP-These als reine Ideologie. Die Genossen haben leider übersehen, dass die Situation in Zürich, Basel oder Genf ganz anders ist als in Schaffhausen. Die Wohnungsmieten liegen in Schaffhausen deutlich unter dem schweizerischen Schnitt. In der Agglomeration Zürich sind die Mieten nirgends so tief wie bei uns. Bei den Angebotsmieten ist der Unterschied besonders gross: In Schaffhausen zahlt der Mieter CHF 180.-- pro Quadratmeter und Jahr, in Zürich sind es mit CHF 340.--, also fast doppelt so viel. Der stark überdurchschnittliche Altwohnungsbestand ist auch der Grund für die überdurchschnittliche Zuzugsquote von Sozialhilfeempfängern, die in Schaffhausen problemlos günstigsten Wohnraum finden. Die SP-These hält der Realität also nicht stand.

Angesichts der auf dem Tisch liegenden Fakten müssten SP und JUSO über ihren ideologischen Schatten springen und die zwei Initiativen konsequenterweise sofort zurückziehen. Denn es ist so, wie der Chefredaktor der Schaffhauser Nachrichten, Robin Blanck, in seiner Samstagskolumne festgestellt hat: Die Initiativen verlangen eine Lösung für ein Problem, das es in Schaffhausen gar nicht gibt.

Es war höchste Zeit für eine Kurskorrektur in der städtischen Wohnbaupolitik. Vor einem Jahr träumte der damalige links-grün dominierte Stadtrat von eigenen Staatswohnungen. Unter der ideologischen Führung des heutigen Stadtpräsidenten wurde ein millionenteures Stiftungs-Vehikel nach Stadtzürcher Modell propagiert. Der neue bürgerliche Stadtrat hat die Weichen richtig gestellt. Es wäre falsch, masslos Steuergeld ohne ausgewiesenen Bedarf in staatliche Wohnungen zu pumpen – so, wie es das SP-Parteibuch fordert. Es ist nicht die Aufgabe des Staates, Wohnungen zu bauen. Und es ist auch nicht die Aufgabe des Staates, Wohnungen für ein paar Auserwählte mit Steuergeldern von uns allen zu verbilligen. Die Abkehr vom staatlich geförderten und kontrollierten Wohnungsbau ist gut für unsere Stadt. Sie bewahrt uns vor Neuverschuldung und unnötigen Risiken im Wohnungsmarkt.

Der Vorschlag des Stadtrats, die Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus in Zusammenarbeit mit privaten Wohnbaugenossenschaften zu intensivieren, ist weitsichtig und wird der real existierenden Situation in Schaffhausen gerecht. Den Bau von Alterswohnungen im Zusammenhang mit Wohnbaugenossenschaften mit Eigeninitiative voranzutreiben, ist zielführend. So kann die Förderung von privaten Wohnbaugenossenschaften mit dem real existierenden und dringenden Anliegen für Alterswohnungen verbunden werden.

Ich komme nun zu den einzelnen Initiativen, zur Volksinitiative „Förderung des gemeinnützigen Wohnraums“:

1. Wieso soll die Stadt zu etwas verdammt werden, was die Privatwirtschaft sowieso viel besser kann?
2. Es darf doch nicht sein, dass masslos Steuergelder in staatliche Wohnprojekte

gepumpt werden ohne jeglichen Bedarf.

3. Wer soll das bezahlen, wer hat so viel Geld? Gemäss Berechnung des Stadtrats müssten über tausend neue Wohnungen gebaut werden, was Kosten von rund CHF 309 Mio. in 25 Jahren auslösen würde. Pro Jahr ergäbe dies zusätzliche Investitionen von CHF 12 Mio. Wir fragen uns, können wir uns das leisten?
4. Die von den Zürcher Parteigenossen übernommene Initiative mag in Zürich allenfalls ihre Berechtigung haben, jedoch bei uns, wo die Mietpreise weit unter dem schweizerischen Mittel liegen, sicher nicht.

Zur Initiative „Für bezahlbaren Wohnraum“:

1. Die Initiative will ein Problem lösen, das in der Realität gar nicht existiert. In der Botschaft des Stadtrats ist klar ausgewiesen, dass wir in Schaffhausen sehr günstige Wohnungsmieten haben. Somit ist sicher kein Handlungsbedarf vorhanden.
2. Es wird verlangt, dass die Stadt mindestens 200 neue Wohnungen zu erstellen hat und diese zur Kostenmiete (also ohne Gewinn) vermieten muss, was zur Erhöhung der Verschuldung führen wird. An wen soll die Stadt diese subventionierten Wohnungen vermieten? Wer soll bevorzugt werden?
3. Auch hier gilt, wer soll das bezahlen, wer hat so viel Geld? Dieser Spass würde weiter CHF 60 Mio. über 5 Jahre verteilt kosten, was zu jährlichen Investitionen von CHF 12 Mio. führen würde.
4. Lassen wir doch den Markt spielen. Angebot und Nachfrage halten sich stets die Waage auch ohne unnötige teure Investitionen der Stadt, die lediglich gewisse Kreise bevorzugen.

Beide Initiativen würden zu einer massiven Neuverschuldung führen. Um die Neuverschuldung zu verhindern, müssten wir die Steuern um mindestens 12 Steuerpunkte erhöhen. Wir vertrauen auf die vier Säulenstrategie, die der Stadtrat ausführlich in seiner Botschaft vorgestellt hat und welche der richtige Weg ist. Die SP und die JUSO haben sich mit ihren Initiativen in die ideologische Sackgasse verrannt, und wir rufen die SP und die JUSO auf: Zeigt echte Grösse und zieht die Initiativen zurück.

Unsere Fraktion wird solche ideologischen Spinnereien mit aller Macht bekämpfen. Wir werden geschlossen den stadträtlichen Anträgen zustimmen und diese Initiativen ablehnen. “

Iren Eichenberger (ÖBS)

ÖBS/CVP/EVP/GLP-Fraktionserklärung

”Es ist tatsächlich so - in der Stadt Zürich ist es ja effektiv sehr viel teurer. Dies ist auch der Grund, warum sich dort nicht sehr viele Familien aufhalten und niederlassen können. Es sei denn, und das ist eben anders als bei uns, in den vielen Angeboten der Genossenschaften, die noch für zahlbare Mieten sorgen.

Vergebens sucht man in der Strategie zur Förderung des gemeinnützigen Wohnraums die neue schlagende Idee, etwa so, wie sie der Stadtrat 1999 mit der Schaffung eines Rahmenkredits für Land- und Liegenschaftenerwerb lanciert hat. Die neue Strategie heisst tun, was wir immer taten, jetzt aber gestützt auf Kurven, Säulen und Grafiken zum Beweis, dass wir in Schaffhausen eigentlich kein Problem haben. Damit gehen 1265 Unterzeichnende der Initiativen für gemeinnützigen Wohnungsbau und bezahlbaren Wohnraum leer aus. Dies ist bedauerlich. Der Stadtrat übersieht ein

deutliches Signal aus der Bevölkerung. Auch uns gehen die Initiativen zu weit und ihre Forderungen sind zu starr. Aber gerade darum hätte der Stadtrat hellhörig und sensibel das Kernanliegen in einen massvollen Gegenvorschlag einpacken können. Die Verdrängung von Ladenbesitzern aus der Altstadt und das schwindende Angebot für Familien mit Einkommen zwischen CHF 5'000 bis 6'000.--, nicht Sozialhilfebezüger, aber vielleicht im unteren Drittel der Lohnklassen angesiedelt, müsste eigentlich auch den Stadtrat erfinderisch machen. Oder will man im verdichteten Zentrum nur Gut- und Doppelverdiener, die tagsüber weg sind und abends in ihre schicken Appartements zurückkehren? Davon haben unsere Geschäfte nicht gelebt, und die Gassen werden öd und leer.

Wir meinen, zahlbarer Wohnraum für Familien sei proaktiv, nicht abwartend durch die Öffnung für Zusammenarbeit mit Genossenschaften und Stiftungen, bei uns aber auch aus anderen Kantonen, zu fördern. Aktuell bietet sich die Parzelle Tiefbauamt an der Hochstrasse für ein Baurecht und Abgabe an eine Genossenschaft geradezu an. Im Übrigen finden auch wir den Vorbehalt gegenüber genossenschaftlichem Wohnen mit den ewig gleichen Mietern zu immer gleich günstigen Konditionen sicher berechtigt. Es gibt aber auch Genossenschaften, denen es gelingt, in ihren Häusern Pensionäre in zu grossen Wohnungen innerhalb der Liegenschaft zur Umsiedlung in kleinere Wohnungen zu motivieren. Damit bleibt die gewünschte Durchmischung erhalten, und junge Familien profitieren von bedarfsgerechtem und zahlbarem Wohnraum.

Bei der Schlussabstimmung wird die ÖBS/EVP/CVP/GLP-Fraktion wohl die ganze Palette von zögerlichem Ja, eher Nein und ratloser Enthaltung ausschöpfen - dies, weil die Vorlage zwar nicht grundfalsch, aber lust- und mutlos ist. “

Patrik Simmler (JUSO)

SP/JUSO-Fraktionserklärung

”Die SP/JUSO-Fraktion erkennt in dieser Vorlage keinen wirklichen Willen des Stadtrats, sich verstärkt für gemeinnützigen Wohnraum einzusetzen. Nebst dem selbstgefälligen Eigenschultergeklöpfe (siehe vier Säulen-Strategie) besteht die Vorlage vor allem aus einer Zusammenstellung von Kennzahlen. Auch wir finden wichtig, dass unseren Diskussionen fundierte Zahlen zugrunde liegen. Dieser Vorlage liegt aber ein Denkfehler zugrunde, zu welchem ich später noch kommen werde.

Wirklich enttäuschend aber finde ich vom Stadtrat, dass er beide Initiativen mit einer Copy-Paste Begründung ablehnt, sich also nicht die Mühe macht, auf die wirklichen Inhalte dieser Initiativen einzugehen. So ist die JUSO-Initiative „Für bezahlbaren Wohnraum“ zugegeben eher radikal, weil bei einer Annahme der Zeithorizont zur Erfüllung der sehr konkreten Forderung auf fünf Jahre festgesetzt wird. Die Initiative „Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbau“ hingegen ist auf eine vollständig andere Art aufgegleist: So wird ein Fernziel, die Verdoppelung des gemeinnützigen Wohnungsbaus, festgeschrieben. Wie dies der Stadtrat erreichen möchte, bliebe ihm überlassen. Zudem ist der Zeithorizont ein gänzlich anderer: Zur Erfüllung dieses Fernziels hätten wir 25 Jahre Zeit. Dies ist nebenbei genau so lange, wie ich schon auf dieser Welt verweile. Und hier sehen wir die grösste Kritik angebracht; so hat der Stadtrat zwar viele interessante Zahlen zusammengesucht und übersichtlich dargestellt. Selbst wenn diese nicht einen sofortigen Handlungsbedarf implizieren, lassen sie uns nicht beruhigt in die Zukunft schauen. Stellen Sie sich bloss einmal vor, wie schnell man in 20 Jahren von Schaffhausen in Zürich sein kann. Basel wird möglicherweise direkt von der SBB angefahren. Die Anzahl Einwohner in diesem Lande wird noch einmal zünftig ansteigen. Dies wird den Druck auf den Wohnungsmarkt erhöhen. Ich möchte mich hier jetzt gar nicht als Prophet aufspielen,

aber wir sind doch in der Verantwortung, nicht bloss an das Gestern zu denken und über das Heute zu streiten. Und genau hier irren sich Markus Leu und Thomas Hauser, weil auch sie beide Initiativen mit der genau gleichen Begründung ablehnen. Wir sind es doch unsern Wählern schuldig, auch das Morgen und Übermorgen in unsere Entscheide miteinzubeziehen. In diesem Sinne werden wir denn auch einen Änderungsantrag sowohl bei Ziffer 3 als auch bei Ziffer 5 der Vorlage stellen. „

Martin Jung (AL)**AL-Fraktionserklärung**

„Mit der so genannten Strategie zur Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus hat uns der Stadtrat ein umfangreiches Papier vorgelegt, in dem die durch die bürgerliche Mehrheit abgespeckte Version der bekannten Wohnraumstrategie nochmals aufgeführt wird. Sowohl vom Stadtrat als auch von einigen Parlamentariern war zu hören, dass der Einfluss der Stadt auf den Wohnungsmarkt so gering ist, dass man es eigentlich auch gleich bleiben lassen könnte. Zürich könne nur eine erfolgreiche Förderung betreiben, weil damit bereits vor 100 Jahren begonnen wurde. Bei uns sei dieser Zug schon abgefahren.

Ich teile die Einschätzung, dass die Wirkung, die die Stadt mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln erzielen kann, eher gering ist. Ich teile auch die Auffassung, dass wir nicht von heute auf morgen Zürcher Verhältnisse schaffen können, was die Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus angeht. Aber ich ziehe daraus nicht den Schluss, dass wir guten Gewissens die Wohn- und Bodenpolitik der Stadt für beendet erklären können, nachdem wir die wenigen verbleibenden noch nicht überbauten Flächen im Besitz der Stadt einer Verwendung zugeführt haben. Und das ist denn auch unsere hauptsächliche Kritik an der stadträtlichen Strategie: Sie enthält keine Visionen, wie die Stadt zu einem merklichen Ausbau des Anteils gemeinnütziger Trägerschaften im Wohnungsmarkt beitragen kann.

Zu den einzelnen Punkten der Strategie:

Die Vorzugskonditionen für Baurechtsverträge und die geplanten Baurechtsvergaben an Genossenschaften im Rahmen des altersgerechten Wohnens begrüssen wir selbstverständlich. Allerdings will der Stadtrat gleichzeitig einen Teil des Wirkungsspielraumes der Stadt aus der Hand geben, indem er weiterhin darauf besteht, dass Teile des überschaubaren, noch im Eigentum der Stadt befindlichen Baulandes verkauft werden sollen.

Die Idee, die Stadt als Drehscheibe für Liegenschaften einzusetzen, ist ja keine neue und hat ebenfalls unsere Unterstützung. Allerdings liest sich der Abschnitt in der Vorlage dazu mehr wie eine Rechtfertigung der Liegenschaftenkäufe der letzten Jahre als eine Absichtserklärung oder eine Ankündigung zukünftigen Handelns. Hier wird mit Einschränkungen um sich geworfen.

Die Kernabsicht besteht darin, dass die Stadt Liegenschaften kauft, um sie an gemeinnützige Träger weiter zu verkaufen zur „bedarfsgerechten Sicherstellung eines ausgewogenen Anteils altersgerechter und gemeinnütziger Wohnungen“; aber eigentlich nur dort, wo die Stadt durch ihre Baurechte ohnehin ein Vorkaufsrecht hat; aber eigentlich auch nur dort, wo es ohne Kapitalbindung geht.

Die hier geäusserte Absicht ist also, die von der Stadt gekauften Liegenschaften wieder abzustossen und zwar mitsamt dem dazugehörigen Land. Ein Baurecht ist ausdrücklich nicht vorgesehen. Und da sich die Anzahl der an Genossenschaften vergebenen Baurechte in Grenzen hält, ist auch die Chance, dass die Stadt bald noch

einmal per Vorkaufsrecht eingreifen muss, gering, sofern sie ihre Absicht auf diese Liegenschaften beschränkt.

Diese Massnahme ist also bestenfalls darauf ausgelegt, den Anteil gemeinnützigen Wohnungsbaus zu erhalten. Eine Absicht, beim Ausbau behilflich zu sein, ist nicht zu erkennen. Hält der Stadtrat denn die von ihm ausgewiesenen 4.6% gemeinnütziger Wohnungen für den von ihm angestrebten angemessenen Anteil am Wohnungsmarkt?

Die Idee der Stadt als Drehscheibe für Liegenschaften könnte aber beim Ausbau des gemeinnützigen Wohnungsbaus helfen, wenn es denn so gewollt wäre. Die Stadt könnte beispielsweise ihre Absicht verkünden, auch Liegenschaften von privaten Eigentümern zu kaufen und sie – gegebenenfalls per Baurecht – an Genossenschaften abzugeben. In einer Stadt, in der die Neubauf Flächen zunehmend rar gesät sind, muss doch die Idee, bestehende Liegenschaften an gemeinnützige Trägerschaften zu überführen, zumindest ernsthaft erwogen werden. Natürlich kann dies nicht heissen, dass die Stadt auf grosse Liegenschafteneinkaufstour geht. Schliesslich müssten ja sowohl Liegenschaftsangebote wie interessierte Käufer zuerst gefunden werden. Wir reden von einem langjährigen Prozess. Doch wenn die Stadt nicht kommuniziert, dass sie bereit wäre, auf diesem oder auf anderen Wegen beim Ausbau genossenschaftlichen Wohnungsbaus mitzuhelfen, tatsächlich eine aktive Rolle als Vermittlerin von Liegenschaften und nicht nur als Nothelfer zu spielen, dann kann nicht einmal ein langsamer langjähriger Prozess starten.

Die Initiativen „Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus“ und „Für bezahlbaren Wohnraum“ sind unseres Erachtens dafür geeignet, dem Stadtrat den Auftrag zu geben, sich sowohl kurz- wie auch langfristig ernsthaft mit dem Ausbau des gemeinnützigen Wohnungsbaus auseinanderzusetzen. Wir empfehlen beide Initiativen zur Annahme. “

SR Daniel Preisig

Stellungnahme Stadtrat

”Vorneweg herzlichen Dank dem Präsidenten der SPK, Urs Fürer, für die Berichterstattung und die umsichtige angenehme Sitzungsleitung, allen Mitgliedern der SPK für die konstruktive und speditive Behandlung und meiner Sekretärin Rebekka Gnädinger für die speditive Protokollierung.

Durch die Zuwanderung und durch den Trend zu mehr Einpersonenhaushalten ist der Druck auf dem Wohnungsmarkt gestiegen. In den wirtschaftlichen Zentren, allen voran in Zürich oder Genf, sind die Preise für Wohnen deutlich angestiegen. In diesem Umfeld wurde und wird in vielen Städten und Kantonen eine stärkere Rolle des Staates bei der Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus gefordert. Es geht dabei um den Erhalt von günstigem Wohnraum und um eine gute Durchmischung in den Quartieren. Im Zürcher Edelquartier Seefeld sind die Preise für das Wohnen derart gestiegen, dass viele, nicht besonders auf Rosen gebettete Stadtzürcherinnen und Stadtzürcher es sich nicht mehr leisten können, dort zu wohnen. Deshalb fördert die Stadt Zürich den gemeinnützigen Wohnungsbau.

Doch ist die Situation in Zürich vergleichbar mit jener in Schaffhausen? Der Stadtrat wollte es genau wissen und hat eine detaillierte Analyse erstellt. Ich erspare Ihnen die vielen Folien und versuche, mich kurz zu fassen, wie das von den Fraktionspräsidenten vor der Sitzung angeregt wurde. Sie finden in der Vorlage ab Seite 8 sämtliche Zahlen, Grafiken und Auswertungen dazu.

Hier noch das Resultat in Kurzform:

1. Die Situation auf dem Mietwohnungsmarkt in Schaffhausen ist anders als in den grossen Wirtschaftszentren wie Zürich oder Genf.
2. Das Schaffhauser Preisniveau für Wohnen liegt spürbar unter jenem der Agglomeration Zürich und unter dem Schweizer Durchschnitt.
3. Schaffhausen verzeichnet aufgrund des vielerorts alten und günstigen Wohnungsbestandes nach wie vor einen überdurchschnittlichen Zuzug an Sozialhilfebezügern.
4. In den letzten Jahren hat die Attraktivität von Schaffhausen als Wohnstandort zugenommen, und es ist eine vergleichsweise moderate, also durchschnittliche Preisentwicklung zu beobachten.
5. In den letzten Monaten ist gesamtschweizerisch eine Abkühlung des Wohnungsmarktes zu beobachten.

Dies als Ergänzung. Fazit: In Schaffhausen gibt es keinen Mangel an preisgünstigem Wohnraum.

Unbestritten und bereits früher identifiziert ist der Mangel an Alterswohnungen. Viele Schaffhauserinnen und Schaffhauser wünschen sich, in den eigenen vier Wänden alt zu werden. Dies geht aber schlecht, weil der Wohnraum dazu fehlt. Basierend auf dem erkannten Nachholbedarf für altersgerechte Wohnungen ist es keine Überraschung, dass der Stadtrat den Fokus bei der Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus genau darauf setzt.

Auf der Basis der Ausgangslage hat der Stadtrat eine vier Säulen-Strategie entwickelt. Er möchte private gemeinnützige Wohnbauträger und vordringlich den altersgerechten Wohnungsbau angemessen fördern.

Säule 1: Die Säule 1 besteht bereits. Private Wohnbaugenossenschaften werden auch in Zukunft mit Vorzugskonditionen bei der Baurechtsabgabe, wozu insbesondere der 25%-Rabatt bei den Baurechtszinsen gehört, von der Stadt gefördert. Die Grundlagen dazu sind die bereits vor drei Jahren durch den Grossen Stadtrat verabschiedeten Richtlinien zur Baurechtsvergabe.

Säule 2: Bei der zweiten Säule geht es um die Abgabe geeigneter Grundstücke und Liegenschaften im Baurecht an gemeinnützige Wohnbauträger. Im Gegensatz zu früher möchte der Stadtrat besonders geeignete Grundstücke neu exklusiv an gemeinnützige Träger abgeben. Nicht-gemeinnützige Träger werden bei der Vergabe gar nicht erst zugelassen.

Der Stadtrat hat für die exklusive Abgabe folgende Areale bestimmt:

1. Das Wagenareal
2. Eine Parzelle im Alpenblick
3. Das Areal Pfarrhofgasse/altes Feuerwehrdepot
4. Und längerfristig auch das Wohngebäude im Haus Steig.

Säule 3: Die dritte Säule beinhaltet Vernetzungs- und Informationsanlässe für Wohnbaugenossenschaften in Zusammenarbeit mit dem Schaffhauser Regionalverband für Wohnbaugenossenschaften. Hauptziel dieser Anlässe ist die Sicherung des Fortbestandes von den bestehenden Wohnbaugenossenschaften, dabei besonders die Nachfolgeregelung in den Vorständen. Ausserdem können wir bei diesen Anlässen auch neue Projekte der Stadt wunderbar bewerben.

Säule 4: Von der Idee, alle städtischen Liegenschaften in eine neu zu errichtende Stiftung einzubringen, hat der Stadtrat aufgrund der Verschuldungssituation, aber auch nach der vertieften Prüfung, die erst dieses Jahr vorgenommen wurde, Abstand genommen. Als praktikable Alternative wurde die Säule 4 definiert: Die Stadt als Drehscheibe und Vermittlerin im Liegenschaftsmarkt mit Steuerungsfunktion. Was bedeutet dies? Mit der Drehscheibenfunktion übernimmt die Stadt Liegenschaften temporär und gibt sie später an andere geeignete gemeinnützige Träger ab. Wichtig ist, dass der Kauf nicht mit der Absicht geschieht, die gekaufte Liegenschaft dauerhaft im Liegenschaftsportfolio zu behalten, sondern wieder zu verkaufen. Beim Verkauf kommen andere Wohnbaugenossenschaften infrage. Ausserdem kann der Verkauf mit Auflagen und Sicherungen versehen werden.

Diese Zwischenhändler-Funktion bietet sich, wie es gesagt wurde, insbesondere im Rahmen des Vorkaufsrechtes an, das der Stadt bei den Baurechtsliegenschaften auf stadteigenem Land zusteht. Das Vorkaufsrecht sollte nur als letzte Massnahme ergriffen werden. Im Idealfall sollte die Vermittlung unter Wohnbaugenossenschaften (also die Säule 3) dazu führen, dass der Verkauf direkt von einer Wohnbaugenossenschaft zur anderen möglich wird.

Wehren muss ich mich gegen den Vorwurf, die vier Säulen-Strategie sei nichts Neues, wie dies unter anderem von Iren Eichenberger gesagt wurde: Wir tun nicht, was wir immer getan haben. Die exklusive Landabgabe an Wohnbaugenossenschaften gab es vorher nicht. Die exklusive Landabgabe ist neu. Ausserdem sind wir neu auch im Gespräch mit den Wohnbaugenossenschaften.

Einen Schritt weitergekommen sind wir sicher auch in der Frage, auf welche Art und Weise die Förderung der Stadt funktionieren soll. Im Februar, als der Stadtrat den ersten Vernetzungsanlass im Park Casino durchführte, waren wir mit einem breiten Strauss an Forderungen und den verschiedensten Anspruchshaltungen konfrontiert. Diese Fragen sind nun, wenn Sie die Vorlage verabschieden, geklärt.

Ebenfalls wurde gesagt, es sei schade, dass der Stadtrat keinen Gegenvorschlag geprüft habe. Ich kann Ihnen versichern: Wir haben die verschiedensten Handlungsmöglichkeiten überprüft. Ich verzichte auf Ausführungen, Sie haben diese im Kapitel 5/Handlungsoptionen. Darin sind insgesamt neun Handlungsoptionen ausführlich beschrieben und bewertet.

Der Stadtrat hat sämtliche Optionen geprüft und ist zum Schluss gekommen, dass die vier gewählten Optionen die richtigen für unsere Stadt sind. Wir fördern den gemeinnützigen Wohnungsbau gezielt dort, wo wir am meisten Bedarf haben, nämlich bei den Alterswohnungen.

Für ein weiterführendes Engagement der Stadt zeigt die Analyse ganz klar keinen Bedarf. Die anderen fünf Optionen sind entsprechend für die Stadt nicht zielführend. Und deshalb gibt es auch keinen sinnvollen Gegenvorschlag.

Wenn wir von Investitionen reden, die sich vielleicht allenfalls mal in der Zukunft lohnen, wenn wir von Visionen reden, wie es gesagt wurde, dann müssen wir uns immer auch den Preis vor Augen führen, den diese Investitionen haben. Und ich möchte an die Verschuldungssituation der Stadt erinnern. Die Vorlage ist deshalb in den Augen einiger nicht besonders lustvoll, sondern etwas lustlos, wie es gesagt wurde. Aber sie ist sicher zugeschnitten und gut für die Stadt.

Ich komme zu den zwei Initiativen: Zwei von SP und JUSO eingereichte Volksinitiativen fordern ein verstärktes Engagement der Stadt im Wohnungsmarkt zur Senkung des Preisniveaus. Aus Sicht des Stadtrats schiessen die Initiativen angesichts der Ausgangslage weit über das Ziel hinaus.

Die Initiative der JUSO „Für bezahlbaren Wohnraum“ zwingt die Stadt zur Erstellung von 200 Wohnungen innert fünf Jahren. Weiter müssten alle stadteigenen Wohnungen nach dem Prinzip der Kostenmiete, das heisst nicht mehr nach Marktpreisen, vermietet werden. Der Stadtrat lehnt diese Initiative aus folgenden Hauptgründen ab:

1. Die Stadt müsste zur Erstellung der Wohnungen nach zurückhaltender Berechnungsweise rund CHF 60 Mio. investieren, was zu einer massiven Neuverschuldung führen würde.
2. Grundsätzlich ist der Stadtrat aus ordnungspolitischen Überlegungen der Ansicht, dass der Bau von Wohnungen nicht Aufgabe des Staates ist.
3. Nicht alle städtischen Wohnungen eignen sich aufgrund der Lage und des Ausbaustandards für preisgünstiges Wohnen, weshalb die Forderung für flächendeckende Kostenmieten abzulehnen ist.

Die zweite Initiative, die Initiative der SP „Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus“, fordert per Verfassungsartikel die Erhöhung des Anteils gemeinnütziger Wohnungen auf 14% bis 2040. Heute machen die gemeinnützigen Wohnungen rund 6% am Gesamtbestand der Wohnungen aus.

Der Stadtrat lehnt auch diese Initiative ab, nicht ganz mit den identischen Gründen, aber ähnlichen, das muss ich zugeben. Hier sind die Hauptgründe:

1. Obwohl die Initiative offen lässt, ob die geforderten zusätzlichen Wohnungen durch die Stadt selbst oder durch Dritte erstellt werden sollen, ist klar, dass die Stadt zur Erreichung dieses Zieles einen grossen Anteil selbst erstellen müsste.
2. Unter der Annahme, dass es gelingt, die Anzahl durch Wohnbaugenossenschaften erstellten Wohnungen mit anderen Massnahmen um 250 zu erhöhen, verbleiben über 1'000 Wohnungen bei der Stadt. Für den Bau dieser Wohnungen müssten nach der gleichen konservativen Überschlagsrechnung Investitionen in der Höhe von über CHF 300 Mio. aufgewendet werden. Meine Damen und Herren, dies ist völlig unrealistisch. Wir würden damit unsere Bruttoschulden um 150% erhöhen.
3. Für 1'000 zusätzliche Wohnungen oder noch mehr fehlt grundsätzlich das Bauland.
4. Konkrete Zielvorgaben über einen langen Zeithorizont in der Verfassung sind unüblich und nicht sinnvoll. Dies wissen wir spätestens seit der 2000-Watt-Abstimmung.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass beide Initiativen die Stadt finanziell sehr stark belasten würden. Zudem bestehen nicht genügend verfügbare Baulandreserven, und eine überhöhte Bautätigkeit lässt sich schwer mit dem Anliegen „Grünflächen erhalten – Zersiedelung stoppen“ übereinbringen. Führt man sich die Ausgangslage nochmals vor Augen, darf festgestellt werden, dass im Kontrast zu anderen Schweizer Städten bezüglich Preisniveau in Schaffhausen kein dringender Handlungsbedarf besteht.

Der Stadtrat empfiehlt deshalb, beide Initiativen abzulehnen und verzichtet auf einen Gegenvorschlag.

Im Namen des Stadtrates empfehle ich Ihnen, auf die Vorlage einzutreten und beide Initiativen mit der Empfehlung auf Ablehnung direkt ohne Gegenvorschlag dem Volk zu unterbreiten. Die Initiativen schiessen über das Ziel hinaus. Die Stadt fährt besser mit der vier Säulen-Strategie. “

Urs Tanner (SP)**Votum**

”Der grosse deutsche Bundeskanzler, der das Bonmot, das auch Till Hardmeier uns schon um die Ohren geschlagen hat: “Wer Visionen hat, solle zum Arzt gehen” ist tot, mit 96 Jahren ist er gestorben. Vielleicht mit ihm auch dieses Bonmot. Die Frage ist, ob es wirklich eine Vision ist.

Ist es nicht einfach Realpolitik? Wenn man in die Verfassung, die wir 1899 und dann noch ein paar Jährchen später, nämlich 2012, gesamtrevidiert haben, ein Ziel von 2040 reinschreibt, dass wir jährlich den Anteil an gemeinnützigen Wohnungen um 0.3% erhöhen - also wenn das eine Vision ist, dann muss ich tatsächlich zum Arzt.

Ihre Lupe ist auf 2015 gerichtet. Ihre dicke Brille und meine auch sind auf 2015 gerichtet. Da haben Sie wahrscheinlich Recht. Wer Zahlen lesen kann, der weiss, dass man in Schaffhausen relativ günstig Eigentum kaufen und auch mieten kann. Aber unser junger Parlamentskollege Patrik Simmler, der ein bisschen jünger ist als wir alle, spricht eben richtigerweise von Übermorgen, wenn wir vielleicht im Waldfriedhof die Radieschen von unten anschauen, wenn die S-Bahn unsere Stadt erschlossen hat, wenn es einen Halb-Stunden- und einen Viertel-Stunden-Takt gibt - das wissen Sie doch alle – müssen die Wähler der SVP-Zug in den Aargau ziehen. Der Mittelstand kann dort die Mieten nicht mehr bezahlen. Heute ist es noch günstig. Das ist so - wunderbar. Wir schauen auf das Jahr 2040 und verlangen die krasse Revolution - 2040 eine Verdoppelung innerhalb von 25 Jahren auf 14%.

Wirklich überzeugen werde ich Euch wohl nicht, dazu haben wir das Volk am Schluss. Da sind Eure sehr netten Hinweise über den Rückzug doch etwas lächerlich. Das Volk hat das letzte Wort. Die SP/JUSO schafft es immerhin, dass wir über Inhalte reden - wenn auch kontrovers. Dazu sind wir aber da. Bei anderen Parteien kann es schon mal vorkommen, dass man über Gültigkeit und Ungültigkeit spricht. Wir reden aber über Inhalte.

Und noch eine interessante statistische Randbemerkung: In der Schweiz - das wissen Sie - sind etwa 60% der Menschen Mieterinnen und Mieter, 40% sind Eigentümer. Ich würde schätzen, im Rat sind wir etwa 70% Eigentümer und 30% Mieter. Springen Sie doch einmal über Ihren Schatten, und verhalten Sie sich so, als wären Sie vielleicht noch ein bisschen im Median mit dem Einkommen und als wären Sie Mieter oder Mieterin. Am Schluss - da geben Sie mir sicher recht - lassen wir das Volk abstimmen.”

Dr. Katrin Bernath (GLP)**Votum**

”Ich möchte noch ein paar Worte sagen, weil wir, wie schon erwähnt, eigentlich nur Ja oder Nein sagen können. Damit sind wir unzufrieden. Deshalb nutze ich die Gelegenheit, noch ein paar Worte mehr zu sagen.

Wo es sich am Schluss wirklich zeigt, dass diese Strategie nicht nur Worte sind, sondern dass auch etwas geschieht, ist eben bei der Abgabe von Grundstücken. Da geht es um den Tatbeweis, wie dies geschieht und um die Drehscheibenfunktion des Stadtrats. Hier müssen wir selber in ein paar Jahren erneut prüfen, was jetzt wirklich

passiert ist. Jetzt einfach Ziele festzulegen, bevor man sieht, ob die Instrumente wirklich aktiv genutzt werden, bringt nicht viel. Gemeinnütziger Wohnungsbau ist nicht nur für Alterswohnungen, sondern es geht auch um Wohnungen für Familien. Dies ist die Seite der Stadt. Was es aber auch braucht, ist Eigeninitiative von Genossenschaffern und Genossenschaffterinnen. Wenn man hört, dass es heute schwierig ist, Nachfolger zu finden, ist dies vielleicht auch ein Hinweis darauf, dass der Druck in Schaffhausen noch nicht so gross ist."

Die **Ratspräsidentin** stellt fest, dass kein Antrag auf Nichteintreten gestellt wird, Eintreten ist beschlossen.

Detailberatung

Der **1. Vizepräsident, Martin Egger (FDP)**, verliest die Vorlage des Stadtrats vom 5. Mai 2015, Seite 1-48 sowie die Anträge auf Seite 49 wie folgt:

ANTRÄGE

1. Der Grosse Stadtrat nimmt Kenntnis von der Vorlage des Stadtrats vom 5. Mai 2015 betreffend Strategie zur Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus (Botschaft und Stellungnahme zu den Initiativen "Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus" und "Für bezahlbaren Wohnraum"). *Kein Gegenantrag, so beschlossen.*
2. Der Grosse Stadtrat erklärt die Initiative "Für bezahlbaren Wohnraum" für gültig. *Kein Gegenantrag, so beschlossen.*
3. Die Initiative "Für bezahlbaren Wohnraum" wird den Stimmberechtigten mit dem Antrag auf Ablehnung zur Abstimmung unterbreitet.

Antrag Patrik Simmler (JUSO):

"Obwohl chancenlos, möchte ich doch den Gegenantrag stellen, mit folgendem Wortlaut: *Die Initiative "Für bezahlbaren Wohnraum" wird den Stimmberechtigten mit dem Antrag auf Annahme zur Abstimmung unterbreitet.*"

Abstimmung:

Der Grosse Stadtrat lehnt den von Patrik Simmler (JUSO) gestellten Antrag mit 21:12 Stimmen ab.

4. Der Grosse Stadtrat erklärt die Volksinitiative "Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus" für gültig. *Kein Gegenantrag, so beschlossen.*
5. Die Volksinitiative "Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus" wird den Stimmberechtigten mit dem Antrag auf Ablehnung zur Abstimmung unterbreitet.

Antrag Patrik Simmler (JUSO):

"Die Hoffnung stirbt zuletzt, deshalb stelle ich den folgenden Gegenantrag mit dem Wortlaut: *Die Volksinitiative "Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus" wird dem Stimmberechtigten mit dem Antrag auf Annahme zur Abstimmung unterbreitet.*"

Abstimmung:

Der Grosse Stadtrat lehnt den von Patrik Simmler (JUSO) gestellten Antrag mit 20:12 Stimmen ab.

SCHLUSSABSTIMMUNG

Der Grosse Stadtrat heisst die Vorlage vom 5. Mai 2015 mit den Anträgen in der Schlussabstimmung mit 21:11 Stimmen gut.

Das Geschäft ist erledigt.

Traktandum 2 Vorlage des Stadtrats vom 11. August 2015: Bodenpolitik der Stadt

Urs FÜRER (SP)

Sprecher der SPK

„Im Namen der SPK darf ich Ihnen nun also heute auch die Vorlage des Stadtrats vom 11. August 2015, Bodenpolitik der Stadt Schaffhausen, vorstellen. Wir sprechen heute gleich nochmals über zwei Volksinitiativen der Linken. Aber auch hier der Reihe nach: Mein Dank geht an SR Daniel Preisig für die Vorstellung der Vorlage und an Rebekka Gnädinger für die Erstellung des Protokolls, das bisher zwar nur den Spezialkommissionsmitgliedern vorliegt und noch nicht verabschiedet ist.

Die SPK hat in nur einer Sitzung die Vorlage beraten, ist auf sie eingetreten und hat ihr zugestimmt. Doch kurz zum Inhalt der Vorlage:

Die Vorlage nimmt Stellung zu zwei Initiativen der Alternativen Liste Schaffhausen (AL). Die Initiative „Landverkäufe vors Volk“ verlangt die Herabsetzung der Referendumsgrenze für Landverkäufe von heute CHF 2 Mio. auf neu CHF 1 Mio. Die Initiative will die Hürden für Landverkäufe erhöhen und damit das Baurecht stärken. Sie wurde am 13. April 2015 mit 607 gültigen Stimmen eingereicht und für gültig erklärt.

Die zweite Initiative „Zweckbindung von Baurechtszinsen“ verlangt, dass Baurechtszinsen künftig dem Rahmenkredit für Land- und Liegenschaftenerwerb gutgeschrieben werden. Die Initiative will den Spielraum für Käufe erhöhen und somit dem Stadtrat mehr Kapital zufließen lassen. Diese Initiative wurde ebenfalls am 13. April 2015 mit 603 gültigen Stimmen eingereicht.

In seinen Erläuterungen hat Stadtrat Preisig die Ziele der städtischen Bodenpolitik erläutert. Ziel der städtischen Bodenpolitik ist die strategische Steuerung der Bodennutzung und nicht eine expansive Bodenpolitik. Die Diskussion in der Kommission hat sich primär auf die Bewertung der Tabelle 1 auf Seite 5 konzentriert. Zwei weitere Punkte, die in der Kommission zu diskutieren gaben, waren die mit der Initiative „Landverkäufe vors Volk“ notwendigen Verfassungsänderungen.

Bei der Abstimmung zu den Anträgen ist der Antrag 3 mit 8:1 Stimmen, bei 2 Enthaltungen, und der Antrag 5 mit 7:4 Stimmen im Sinne des Stadtrates verabschiedet worden. In der Schlussabstimmung ist der Vorlage mit 8:1 Stimmen, bei 2 Enthaltungen, zugestimmt worden. Somit hat auch hier das Volk das letzte Wort. “

Diego Faccani (FDP)**FDP/JFSH-Fraktionserklärung**

„Die AL möchte, dass das Volk beim Kauf, Verkauf, Tausch oder der Verpfändung von Grundstücken mehr Mitsprache hat und fordert auch noch die Zweckbindung der Baurechtszinsen zugunsten des Rahmenkredits. Beide Vorgehensweisen bringen nicht den gewünschten Effekt, den die Initianten bezwecken möchten und sind nicht zielführend.

Auf der einen Seite möchten sie dem Rat die Finanzkompetenz beschneiden und auf der anderen Seite äufnen sie den Rahmenkredit mit rund CHF 2 Mio. pro Jahr, damit der Stadtrat mehr Spielraum hat, um Grundstücke und Liegenschaften in eigener Kompetenz zu kaufen. Bei der AL aber steht nicht im Vordergrund, dass der Wähler mitreden, sondern dass die Stadt schlicht und einfach mit ihren Grundstücken und Liegenschaften nicht mehr arbeiten kann.

Vor nicht allzu langer Zeit, Sie erinnern sich sicher noch, es war am 27. Oktober 2015 bei der GPK-Vorlage zum Bericht des SR „Gesunde und attraktive Finanzen“, hat die Linke uns Bürgerlichen vorgeworfen, dass wir die Finanzkompetenz unseres Rates beschneiden wollen. Die Verfassung sei diesbezüglich vor nicht allzu langer Zeit nach oben angepasst worden, und man wolle dies nicht schon wieder korrigieren, wurde moniert. Aber eben, was interessiert mich mein Geschwätz von gestern. Das eigentliche Ziel der beiden Initiativen ist ja schlussendlich, dass vermeintlich günstiger Wohnraum auf den Markt kommen und privaten Investoren den Riegel geschoben werden soll.

Es kann nicht sein, dass eine expansive Anhäufung von Liegenschaften und Grundstücken das Ziel ist. Genau das passiert aber, wenn der Rahmenkredit aufgebläht und der Stadtrat quasi gezwungen sein wird, um jeden Preis zu kaufen. Eine solche Strategie führt nur zu einer erhöhten Kapitalbindung und schlussendlich zur Verschuldung. Denn dass die Stadt bei einer solchen Vorgehensweise als Investor auch noch kein Geld daran verdienen darf, ist selbstredend. So kann aber keine gesunde Bodenpolitik eines Gemeinwesens aussehen.

Wenn Sie sich einmal ehrlich vor Augen führen, sind doch die Preise für Liegenschaften und Grundstücke immer noch sehr moderat und in letzter Zeit nicht wirklich sprunghaft gestiegen. Aber unser Finanzreferent hat dies soeben schon erläutert. Oder glauben Sie immer noch, dass wegen des Halb-Stunden-Taktes plötzlich alle nach Schaffhausen wollen? Ich denke nicht. Die meisten linksseitig des Rheins Wohnenden wissen ja nicht einmal, dass wir noch zur Schweiz gehören.

Die Abgabe im Baurecht, die eigene Entwicklung oder gar der Verkauf müssen in einer vernünftigen Bodenpolitik Platz haben. Die Stadt braucht eine gewisse Freiheit, um sinnvoll und auch wirtschaftlich mit ihren Ressourcen umgehen zu können. Es muss doch möglich sein, situativ zu agieren, um die beste Variante für das jeweilige Anliegen auswählen zu können. Eine Bindung, wie in den Initiativen verlangt, führt aber nur in eine Sackgasse. Die aktuelle Strategie, welche in der Botschaft zu den zwei Initiativen beschrieben wird und die der Stadtrat auch verfolgt, ist dazu völlig ausreichend, und sie deckt alle Möglichkeiten ab. Und, sie ist nicht die Ausgeburt des bösen bürgerlichen Stadtrats, sondern schon unter alter Zusammensetzung entstanden.

Die FDP/JFSH-Fraktion wird auf die Vorlage eintreten, die Anträge gutheissen. Natürlich lehnen wir beide Initiativen ab. Zum Schluss möchte ich es nicht unterlassen, mich bei Urs Fürer für die Sitzungsleitung zu bedanken; natürlich auch bei Rebekka Gnädinger für die Protokollierung. Selbstverständlich sind alle SPK-Mitglieder und

auch der Stadtrat in meinen Dank eingeschlossen."

Martin Jung (AL)**AL-Fraktionserklärung**

"Es wird Sie wenig erstaunen, dass die AL empfiehlt, ihre Initiativen anzunehmen. Zuerst einige Worte zur Vorlage:

Der Stadtrat sagt, er setze sich für eine aktive Bodenpolitik mit dem Ziel der strategischen Steuerung der Bodennutzung ein, die er in Kontrast setzt mit einer expansiven Bodenpolitik, die Boden und Liegenschaften als Geldanlage anhäuft. Dieser Charakterisierung möchte ich widersprechen.

Zum einen hat die bisherige Strategie der Stadt gemäss dieser Definition durchaus auch expansive Züge, denn ein wesentliches Element der städtischen Bodenpolitik besteht darin, Land zu kaufen und es im Baurecht an Gewerbetreibende oder Wohnbaugenossenschaften abzugeben. Dabei findet selbstverständlich eine Kapitalbindung statt, die Stadt häuft in diesem Sinne Land an. Nun würde der Stadtrat wohl antworten, dass darum an anderer Stelle als Ausgleich Land verkauft werden müsse. Dieser Plan ist aber nicht nachhaltig. Erstens sind Landverkäufe umstritten und zweitens ist irgendwann nichts mehr da, was verkauft werden kann.

Ausserdem soll sich der Umgang mit städtischem Land an den Bedürfnissen orientieren; aber nicht an den Bedürfnissen des Finanzreferenten, der die Rechnung aufbessern will, sondern an den Bedürfnissen der Bevölkerung. Der private Wohnungsbau bedarf wohl nicht unserer Unterstützung. Auch wenn wir in die letzte Vorlage schauen, sehen wir, dass in den nächsten Jahren grössere private Wohnbauprojekte anstehen. Im Bereich des gemeinnützigen Wohnungsbaus und gegebenenfalls im Bereich der Baurechtsvergabe an Gewerbetreibende besteht mehr Handlungsbedarf. In diesen Bereichen kann viel mit dem Instrument des Baurechts erreicht werden. Die AL setzt sich also dafür ein, dass in Zukunft vermehrt mit dem Instrument des Baurechts gearbeitet wird.

Die expansive Bodenpolitik der AL – wenn man das verstärkte Setzen auf das Baurecht denn unbedingt so nennen muss – hat nicht die Absicht, Eigentum an Boden und Liegenschaften als Geldanlage zu mehren. Städtisches Landeigentum ist ein unverzichtbares Mittel der politischen Einflussnahme auf die Entwicklung unserer Stadt. Dass es dabei gegebenenfalls per Baurechtszins regelmässige Einnahmen abwirft und in diesem Sinne tatsächlich eine Geldanlage ist, ist nur ein Nebeneffekt. Wäre Landbesitz für die Stadt ein Selbstzweck, also lediglich eine Geldanlage, so hiesse dies nichts anderes, als dass sich die Stadt an der Bodenspekulation beteiligen würde. Dies wäre sicher nicht in unserem Sinne. Mit dem Baurecht gehen städtisches Landeigentum und strategische Bodennutzung – die für den Stadtrat Gegensätze zu sein scheinen – Hand in Hand. Das Baurecht ist sowohl finanziell als auch gesellschaftlich nachhaltiger als der Landverkauf. Der Stadtrat behauptet, der Verkauf sei für die Stadt finanziell lukrativer als das Baurecht. Dies kann man sich zwar einreden, wenn man nur die Einnahmen über einen kurzen Zeitraum hinweg betrachtet, also den einmaligen hohen Verkaufserlös beziehungsweise den regelmässigen tiefen Baurechtszins. Dabei wird aber völlig ausgeblendet, dass die Stadt bei einer Baurechtsvergabe das Land weiterhin besitzt und damit der Gestaltungsspielraum für zukünftige Generationen erhalten bleibt, während im Falle eines Verkaufs beides weg ist.

Was die beiden Initiativen erreichen wollen: Die Initiative „Landverkäufe vors Volk“ ist

weitgehend selbsterklärend. Bei allen Verkäufen, die ins Parlament kommen, kann, sofern sie umstritten sind, das Referendum ergriffen werden, um eine Volksabstimmung zu verlangen.

Die Initiative „Zweckbindung der Baurechtszinsen“ will erreichen, dass

- der Rahmenkredit langfristig funktionsfähig bleibt, selbst wenn wir in Zukunft weniger oder kein Land und Liegenschaften mehr verkaufen oder bei Verkäufen die Einnahmen nicht dem Rahmenkredit gutgeschrieben werden, wie es im Rahmen des Fonds für Wohnraumentwicklung beispielsweise geschieht,
- der Stadtrat dazu motiviert werden soll, eine Bodenpolitik zu betreiben, die in dem Sinne aktiv ist, dass er die politischen Gestaltungsmöglichkeiten nutzt und langfristig ausbaut. Uns ist bewusst, dass der aktuelle Stadtrat unsere Forderungen kaum umsetzen wird und wir uns auf einen zukünftigen Stadtrat gedulden werden müssen.

Noch kurz zu Thomas Hauser: Diese beiden Initiativen sind umgesetzt, wenn das Volk sie angenommen hat. Es geht um formelle Vorgaben. In der Verfassung wird eine Kompetenz angepasst und in einer Verordnung ein Satz hinzugefügt. Entsprechend werden die Buchhaltungen ein bisschen anders geführt. Aber dass diese beiden Initiativen nicht umsetzbar sind, lasse ich hier nicht einfach so im Raum stehen.”

Mariano Fioretti (SVP)

SVP/EDU-Fraktionserklärung

„Unsere Fraktion ist klar der Auffassung, dass die Stadt auch weiterhin eine aktive, ausgewogene Bodenpolitik verfolgen soll. Dazu gehören eben nicht nur die eigene Entwicklung und die Abgabe im Baurecht, sondern ganz klar auch der Verkauf. Die von der AL angestrebte Verstaatlichung von Grund und Boden ist eine sozialpolitische Träumerei, die in der Realität weder finanzierbar noch zielführend ist. Die Stadt fährt besser, wenn für bestimmte Projekte auch private Partner einbezogen werden können. Schauen Sie sich um: In der Stadt gibt es unzählige Projekte, die von privaten Investoren vorangetrieben wurden und werden. Dies bringt die Stadt weiter.

Projekte wie in der Bleiche oder die Entwicklung in der ehemaligen Stahlgiesserei wären für die Stadt unmöglich realisierbar gewesen. Dies hat viele Gründe: Ein privater Partner kann günstiger planen und bauen, da er nicht wie die Stadt an spezielle Vorgaben gebunden ist. Beim Bleicheareal entstand ein neuer Stadtteil mit grosser Bedeutung. Die Bleiche wird auch in Zukunft ein Aushängeschild für Schaffhausen sein und die Attraktivität von Schaffhausen erhöhen. Sie sehen, dass es nicht des Teufels ist, wenn man eine ausgewogene Bodenpolitik verfolgt. Der Staat kann nicht immer alles besser und günstiger. Dies hat das Beispiel der Bleiche klar gezeigt.

Die Initiativen gehen für uns klar in die falsche Richtung, und deshalb können wir diese auch nicht unterstützen.

Die Forderung, die Referendumsgrenze für Landverkäufe von heute CHF 2 Mio. auf neu CHF 1 Mio. zu reduzieren, ist für uns keine Option. Vordergründig könnte man meinen, es gehe um den Ausbau der direktdemokratischen Instrumente. Dafür wären wir von der SVP natürlich schon zu haben. Aber ein genauerer Blick lohnt sich: Der AL geht es bei dieser Initiative darum, Verkäufe von Land und Liegenschaften praktisch zu verunmöglichen. Das kann nicht im Interesse der Stadt liegen. Deshalb lehnen wir diese Forderung klar und entschieden ab.

Bei einem noch nicht weit zurückliegenden Geschäft wurde uns von der AL vorgeworfen, dass wir die Verfassung nicht schon wieder ändern können, da das Volk erst vor ein paar Jahren die neue Verfassung angenommen habe. Nun zeigt sich, dass die AL wohl etwas Mühe mit dem Erinnerungsvermögen hat, denn nur wenige Wochen später, propagiert sie genau das, was sie bei einem anderen Geschäft aus ideologischen Gründen verhindert hatte.

Der zweite Streich betrifft die Initiative "Zweckbindung von Baurechtszinsen". Darin wird verlangt, dass Baurechtszinsen künftig dem Rahmenkredit für Land- und Liegenschaftenerwerb gutgeschrieben werden. Damit will die AL erreichen, dass der Stadtrat künftig mehr Liegenschaften kaufen als verkaufen kann, und zwar ohne, dass Parlament und Volk etwas dazu zu sagen hätten. Wir sind klar der Auffassung, dass sich Käufe und Verkäufe in etwa die Waage halten müssen. Mit diesem Ziel wurde schliesslich 1998 der Rahmenkredit revidiert.

Der Stadtrat soll auch in Zukunft eine ausgewogene Bodenpolitik verfolgen und die ihm vom Souverän übertragenen Kompetenzen beibehalten, damit auch in Zukunft Projekte, wie zu Beispiel das Bleicheareal, mit privaten Partnern realisiert werden können.

Die SVP/EDU-Fraktion lehnt die beiden ideologischen und unnötigen Initiativen mit aller Deutlichkeit ab und unterstützt die Anträge des Stadtrats."

Urs Tanner (SP)

Votum

"Sie wissen es alle, denn Sie kennen sie ja. Die AL hat wirklich etwas zutiefst Unsympathisches - zutiefst unsympathisch, weil diese Gruppierung Abstimmungen gewinnt. Diese kleine Gruppierung, diese linken Kommunisten, gewinnen vor dem Volk Abstimmungen. Zum Beispiel wurde der Schlittelhang nicht verkauft. Das ist eine ungeheure Provokation und Frechheit, die wir uns nicht bieten lassen.

Weil wir aber ja zusammen Fraktionssitzungen haben und immer nachher noch ein Bier trinken gehen, muss ich jetzt die AL auch ein bisschen in Schutz nehmen. Ihr prügelt die Falschen. Die SP/JUSO, wie Ihr alle wisst, ist wertkonservativ. Das heisst, wir haben 1899 bei der Verfassung mitgearbeitet und auch 2012. Und wir sind gegen die Initiative der AL, die die Verfassung nun schon wieder „hüsch und hott“ ändern will. Wir, die SP, alt, langweilig, keine Haare, hier anwesend, nicht die AL. Wir stehen zu unserem Wort, und wir kennen noch unser Geschwätz von gestern. Ich rede viel, aber dummerweise erinnere ich mich auch daran.

Das ist die ausgewogene Vorlage des Stadtrats, 16 Seiten auf Papier. Sie sehen hier drei Zeilen Pro-Argumente und ein paar Zeilen Kontra-Argumente. Sie widerspiegelt die ausgewogene Bodenpolitik des bürgerlichen Stadtrats. Wir bleiben also dabei, zur Verfassungsänderung sagen wir Nein. Ich erinnere mich, dass in dieser Kommission Freunde von der rechten Seite durchaus mit dieser CHF 1 Mio.-Grenze geliebäugelt haben. Ich darf ja nicht aus Protokollen zitieren, ich würde es aber gerne. Ihr habt die Abstimmung beim Volk akzeptiert, und darüber freuen wir uns; obwohl, eine unheilige Allianz von ganz rechts bis zu den Kommunisten hätten wir auch interessant gefunden.

Die zweite Initiative unterstützen wir natürlich mit Herzblut. Denn da steht es in der Verfassung, da müssen wir nicht das Geschwätz von gestern ändern. Also die Zweckbindung der Baurechtszinsen, die unterstützen wir."

Rainer Schmidig (EVP)**ÖBS/CVP/EVP/GLP-Fraktionserklärung**

„Die ÖBS/CVP/EVP/GLP-Fraktion wird auf die Vorlage eintreten, und obwohl wir sehr viel Sympathie für die Anliegen der beiden Initiativen haben, werden wir beide ablehnen und den Anträgen des Stadtrats zustimmen.“

Die Zweckbindung der Baurechtszinsen funktioniert so nicht, da eine reine Alimentierung des Rahmenkredits den Stadtrat in keiner Art und Weise zwingt, auch entsprechende Käufe zu tätigen. Wir müssen den Stadtrat auf anderen Wegen veranlassen, dort wo notwendig, die entsprechenden Grundstücke oder Gebäude zu kaufen.

Eine Änderung der verfassungsmässigen Limiten bei Landverkäufen lehnen wir ab. Allerdings wünschen wir uns, dass sich der Stadtrat in Bezug auf eine aktive Land- und Liegenschaftspolitik auch wirklich aktiv zeigt, und wir werden uns je nach Objekt jeweils auch intensiv für eine Abgabe von Land im Baurecht einsetzen.“

SR Daniel Preisig**Stellungnahme Stadtrat**

„Vorneweg nochmals herzlichen Dank dem Präsidenten der SPK, Urs FÜRER, für die Berichterstattung und die umsichtige Sitzungsleitung, allen Mitgliedern der SPK für die konstruktive und speditive Behandlung und meiner Sekretärin Rebekka Gnädinger für die Protokollierung.“

Der Stadtrat verfolgt schon seit Jahren eine so genannte „aktive Bodenpolitik“. Ziel dieser aktiven Bodenpolitik ist die strategische Steuerung der Bodennutzung im Interesse der Stadt. Der Boden ist eine begrenzt verfügbare Ressource. Mit unserer Einflussnahme möchten wir deshalb auf die möglichst vorteilhafte Nutzung des Bodens einwirken. Zur aktiven Bodenpolitik gehört selbstredend auch die Zusammenarbeit mit privaten Partnern, wobei wir sowohl vom Kapital als auch vom Know how dieser Partner zum Wohle der Stadt profitieren können.

Kein strategisches Ziel der städtischen Bodenpolitik ist die systematische Vermehrung des städtischen Eigentums an Land und Liegenschaften. Wenn die Stadt als Käuferin von Land oder Liegenschaften auftritt, dann tut sie es zwar, aber nicht als Geldanlage, sondern zum Zweck der Entwicklung. Das ist ein wichtiger Grundsatz, der – ich komme später darauf zurück – von den Initiativen infrage gestellt wird.

Zur Entwicklung des Bodens gibt es für die Stadt grundsätzlich drei Möglichkeiten:

1. Eigene Entwicklung
2. Abgabe im Baurecht
3. Verkauf

Jede dieser drei Optionen verfügt über Vor- und Nachteile. Sie finden diese Vor- und Nachteile auf der beliebten Seite 5 der Vorlage zusammengefasst. Ich verzichte auf Details.

Die Stadt setzt die drei Instrumente seit Jahren situationsgerecht ein und fährt sehr gut damit. Gerne gebe ich ein paar Beispiele:

- Zuerst ein erfolgreiches Beispiel für einen Verkauf: Das Areal Bleiche mit dem heutigen Arcona-Hotel konnte durch Verkauf mit einem Wettbewerb erreicht werden. Es ist hinlänglich bekannt, dass bei einem Baurecht kaum ein so qualitativ gutes Projekt hätte realisiert werden können.

- Das zweite Beispiel zeigt den Vorteil des Baurechtes: Das Wagenareal wird, wie in der Vorlage zuvor gehört, einem gemeinnützigen Wohnbauträger im Baurecht abgegeben werden, und zwar für altersgerechte Wohnungen. Der Baurechtsnehmer profitiert dabei vom reduzierten Baurechtszins. Die Stadt profitiert im Gegenzug von den dringend benötigten altersgerechten Wohnungen.
- Das dritte Beispiel zeigt die Entwicklung durch die Stadt auf: Das Hotel Tanne wird durch die Stadt saniert. Sie dürfen sich auf eine Vorlage freuen. Die Liegenschaft wurde der Stadt mit einem Leibrentenvertrag, also mit schenkungsähnlichem Charakter, überlassen. Ein Verkauf oder eine Abgabe im Baurecht kommt nur schon aus Pietätsgründen nicht in Frage. Ausserdem befindet sich das Gebäude in der Altstadt.

Die Beispiele zeigen: Der situative Einsatz des richtigen Instrumentes bringt den besten Nutzen für die Stadt. Der Stadtrat möchte deshalb daran festhalten und den Handlungsspielraum für die Stadt nicht unnötig einschränken.

Als bewährte Instrumente für die aktive städtische Bodenpolitik stehen der Stadt sowohl der Rahmenkredit für Land- und Liegenschaftenerwerb als auch der Wohnraumentwicklungsfonds zur Verfügung. Die demokratische Mitsprache ist beim Baurecht und bei Verkäufen und auch bei Eigenentwicklungen mit der aktuellen Regelung in einem zweckmässigen und angemessenen Rahmen gewährleistet.

Mit den vorliegenden zwei Volksinitiativen möchte die Alternative Liste Schaffhausen Einfluss auf die städtische Bodenpolitik nehmen. Die Initiative „Landverkäufe vors Volk“ fordert die Herabsetzung der Referendumsgrenze von heute CHF 2 Mio. auf neu CHF 1 Mio. Dies bedeutet, dass alle Landverkaufsgeschäfte, die im Grossen Stadtrat behandelt werden, automatisch referendumsfähig werden. Mit der zweiten Initiative mit dem Titel „Zweckbindung von Baurechtszinsen“ wird verlangt, die Baurechtszinsen künftig dem Rahmenkredit gutzuschreiben.

Mit den beiden Initiativen sollen auf der einen Seite der finanzielle Spielraum für Landkäufe mittels Rahmenkredit und auf der anderen Seite die Hürden für Verkäufe erhöht werden. Dies bedeutet, Kaufen wird einfacher, Verkaufen schwieriger. In der Gesamtwirkung gewinnt das Baurecht im Vergleich zum Verkauf an Attraktivität, und es wird die Grundlage für die erwähnte expansive Bodenpolitik, also eine Bodenpolitik, bei der die Stadt ihr Eigentum an Land und Liegenschaften vermehrt, gelegt.

Der Stadtrat empfiehlt beide Initiativen ohne Gegenvorschlag zur Ablehnung. Wir haben uns bemüht, Urs Tanner, auch mehr Pro-Argumente zu finden, aber leider haben wir es trotz grossen Anstrengungen nicht wirklich geschafft. Hauptgrund für diese Haltung ist die Überzeugung, dass für eine Bodenpolitik im Interesse der Stadt Schaffhausen auch weiterhin alle Instrumente – also nicht nur das Baurecht, sondern auch der Verkauf – situationsgerecht eingesetzt werden sollten. Es braucht die richtige Balance aller Instrumente, und es macht keinen Sinn, den Handlungsspielraum der Stadt unnötig einzuschränken. Der Fokus der städtischen Bodenpolitik soll weiterhin auf der strategischen Steuerung der Landentwicklung liegen, und zwar auch in partnerschaftlicher Zusammenarbeit mit Dritten.

Ich komme zum Schluss: Im Namen des Stadtrats empfehle ich Ihnen, auf die Vorlage einzutreten und beide Initiativen mit der Empfehlung auf Ablehnung ohne Gegenvorschlag dem Volk zu unterbreiten. “

Diego Faccani (FDP)**Votum**

"Ich möchte nur noch ganz kurz Martin Jung antworten: Ich möchte mich nicht vor Thomas Hauser stellen und meinem Banknachbarn verteidigen. Aber er hat auch gar nichts zu dieser Vorlage gesagt. Ich habe nicht behauptet, dass die Initiativen nicht umsetzbar seien. Ich habe sogar gesagt, dass sie gültig sind. Aber - Entschuldigung - das sind realitätsfremde Träumereien."

Die **Ratspräsidentin** stellt fest, dass kein Antrag auf Nichteintreten gestellt wird, Eintreten ist beschlossen.

DETAILBERATUNG

Der **1. Vizepräsident, Martin Egger (FDP)**, verliest die Vorlage des Stadtrats vom 11. August 2015, Seite 1-17 sowie Seite 18 mit den Anträgen wie folgt:

ANTRÄGE

1. Der Grosse Stadtrat nimmt Kenntnis von der Vorlage des Stadtrats vom 11. August 2015 betreffend Bodenpolitik der Stadt Schaffhausen, Botschaft und Stellungnahme zu den Volksinitiativen "Landverkäufe vors Volk" und "Zweckbindung der Baurechtszinsen". *Kein Gegenantrag, so beschlossen.*
2. Der Grosse Stadtrat erklärt die Volksinitiative "Landverkäufe vors Volk" für gültig. *Kein Gegenantrag, so beschlossen.*
3. Die Volksinitiative "Landverkäufe vors Volk" wird den Stimmberechtigten mit dem Antrag auf Ablehnung zur Abstimmung unterbreitet.

Antrag Martin Jung (AL):

"Obwohl mir jetzt sogar noch die Sozialdemokraten in den Rücken gefallen sind, stelle ich trotzdem den Antrag, die Initiativen zur Annahme zu empfehlen."

Abstimmung:

Der Grosse Stadtrat lehnt den Antrag von Martin Jung (AL) mit 28:4 Stimmen ab.

4. Der Grosse Stadtrat erklärt die Volksinitiative "Zweckbindung der Baurechtszinsen" für gültig. *Kein Gegenantrag, so beschlossen.*
5. Die Volksinitiative "Zweckbindung der Baurechtszinsen" wird den Stimmberechtigten mit dem Antrag auf Ablehnung zur Abstimmung unterbreitet.

Antrag Martin Jung (AL):

"Da die Ratspräsidentin meinen Antrag sowieso vorstellen wird, überlasse ich es ihr. Der Wortlaut soll neu lauten: *Die Volksinitiative "Zweckbindung der Baurechtszinsen" wird den Stimmberechtigten mit dem Antrag auf Annahme zur Abstimmung unterbreitet.*"

Abstimmung:

Der Grosse Stadtrat lehnt den Antrag von Martin Jung (AL) mit 22:12 Stimmen ab.

SCHLUSSABSTIMMUNG

Der Grosse Stadtrat heisst die Vorlage des Stadtrats vom 11. August 2015 mit den Anträgen in der Schlussabstimmung mit 22:4 Stimmen gut.

Das Geschäft ist erledigt.

**Traktandum 3 Postulat Urs Tanner vom 28. April 2015:
Bewerbung um das Label UNICEF "Kinderfreundliche
Gemeinde"**

Urs Tanner (SP)**Begründung**

"Gerne sage ich kurz etwas zu den Kindern, das ist ja doch immer noch das Wichtigste, ob es die eigenen sind, fremde oder die Enkel. Es geht um das Label der UNICEF "Kinderfreundliche Gemeinde".

Man mag zu Labels so oder so stehen. Aber sie sind einprägsam, das wissen Sie alle; "Weltkulturerbe", man weiss, was ist das ist. "Max Havelaar" ist auch bekannt, ob Rosen oder Kaffee. Mir ist auch klar, dass wahrscheinlich niemand alleine wegen eines Labels wie "Energiestadt" oder "kinderfreundliche Stadt" hierher zieht. Auch wenn wir uns dies natürlich in unseren Träumen sehr oft wünschen. Siehe 2000-Watt-Stadt, genau, die Leute kommen trotzdem. Aber in der Summe aller Angebote kann es im Wettbewerb, und hier befinden wir uns als Individuen und Städte doch permanent, doch auch nicht sehr schlecht und für Familien mit Kindern ein Riesenvorteil sein. Wenn man Zahlen und Demographie ernst nimmt, kommt man eigentlich nicht umhin, diesem Vorstoss zu zustimmen. Sie wissen, dass die Schaffhauser Bevölkerung überdurchschnittlich alt ist; auf kantonaler Ebene sind nur das Tessin und der Kanton Basel Stadt älter. Jedes Jahr sterben in Schaffhausen mehr Menschen als zur Welt kommen. Dies ist doch eine beachtliche Aussage. Ohne Gegensteuer werden 2030 30% der Schaffhauserinnen und Schaffhauser im Rentenalter sein, lediglich 16% unter 20. Was dies für die Stadt und ihre Sozialwerke bedeutet, können Sie sich selber ausmalen. Dass dieses UNICEF-Label kein Exotenlabel ist, zeigen die 17 aufgeführten Gemeinden auf dem Vorstoss.

Gerne wiederhole ich, was ich schon beim Einreichen geschrieben habe:

Kinderfreundlichkeit zeigt sich darin, wie die Rechte der Kinder auf Schutz, Förderung, Gleichbehandlung und Anhörung in folgenden Bereichen umgesetzt werden. Und vergessen Sie nicht, was auch in den Gesetzen steht (zum Beispiel im ZGB, bei einer Scheidung gibt es Gerichte, die Kinder nicht anhören). Also geht es eben auch immer darum, was Papier ist und was umgesetzt wird in Bereichen wie:

- Verwaltung und Politik
- Schule
- Familienergänzender Betreuung
- Kinder- und Jugendschutz
- Gesundheit
- Freizeit und Wohnumfeld

Die Schritte auf dem Weg zur Auszeichnung „Kinderfreundliche Gemeinde“ sind quasi ein Fragenkatalog, eine Evaluation. Die Vorteile für eine Stadt wie Schaffhausen sind eigentlich klar. Ich nehme an, dass AL-Stadtrat Simon Stocker uns in diese Richtung auch einiges erklären wird.

Ich danke Ihnen für die konstruktive Diskussion, ob Ja oder Nein für dieses Postulat, für die Kinder und für das UNICEF-Label."

SR Simon Stocker**Stellungnahme Stadtrat**

"Zusammenfassend und vorweg: Der Stadtrat ist dann bereit, den Vorstoss entgegenzunehmen, wenn der Postulant bereit ist, Anpassungen bei der Formulierung vorzunehmen. Doch fangen wir vorne an.

Zur Ausgangslage: Der Stadtrat teilt die Auffassung des Postulanten, dass Kinder- und Familienfreundlichkeit ein wichtiges Anliegen der Stadt Schaffhausen und ein primärer Aspekt der Standortförderung sein muss. Dieser Umstand widerspiegelt sich in den Legislaturzielen, die der Stadtrat 2013 verabschiedet hat. Dort sind an verschiedenen Stellen eine verstärkte Kinder- und Jugendfreundlichkeit und der Einbezug erwähnter Gruppierungen in das Stadtleben erwähnt. An einer Klausur der Jugendarbeit 2013 wurde die konkrete Planung zu dieser Zielerfüllung in Angriff genommen. Folgende Massnahmen wurden geplant und umgesetzt:

Es wurde beschlossen, den Fokus der Jugendarbeit zu ändern. Vermehrt sollen Angebote entwickelt werden, die sich an jüngere Jugendliche und Kinder richten. Mit der Auftaktveranstaltung "Schafuuse schpilt" wurde 2014 das Angebot Spielmobil lanciert. Vermehrt sollen Kinder und deren Eltern animiert werden, Zeit mit ihren Kindern zu verbringen und die Fähigkeit, mit ihren Kindern zu spielen, wieder zu entdecken. Das Spielangebot und der Fahrplan, das heisst die Haltestellen des Spielmobils in den Quartieren, wurden zusammen mit den Kindern entwickelt und auf deren Bedürfnisse Rücksicht genommen; so wie es bei einer kindergerechten Stadt eben gemacht werden sollte. Zudem werden mit beispielsweise dem Kinderkissenkino oder Kindertreffs in den Quartieren weitere Angebote ins Programm aufgenommen, welche sich konkret an Kinder und deren Eltern richten.

Ein wichtiger Pfeiler der stadträtlichen Politik ist auch die frühe Förderung. Eine entsprechende Vorlage wurde vom Stadtparlament letztes Jahr verabschiedet. Der Bildungs- wie auch der Sozialreferent, zusammen mit den Mitarbeitenden der beiden Referate, sind nun dabei, die Umsetzung der beschlossenen Massnahmen voranzutreiben. Es gäbe noch eine Reihe von weiteren Angeboten aus dem Bildungs- und Sozialreferat zu erwähnen. Ich verzichte jedoch auf eine längere Aufzählung.

Die Frage ist ja nun, was benötigt es für eine kinder- und jugendfreundliche Stadt? Im Frühling 2013 hat sich das Sozialreferat entschlossen, an einem zweijährigen Projekt der Fachhochschule St. Gallen teilzunehmen. Gemeinsam mit der Partnerstadt Rapperswil-Jona wurde dabei die Frage bearbeitet, wie eine Stadt oder eben Stadtverwaltung möglichst kinderfreundlich arbeiten kann und welche Haltungen, Strukturen und Massnahmen dafür notwendig sind. Interessant war dabei die Aussensicht und Analyse, welche durch die Fachhochschule gemacht wurden. Sie gab wichtige Hinweise und zeigte auf, wo Handlungsbedarf besteht. An zwei internen Veranstaltungen wurde die Frage referatsübergreifend bearbeitet. Die Arbeitsgruppe hat dabei beschlossen, drei Leitlinien zuhanden des Stadtrates zu verabschieden:

Leitlinie 1:

Die Stadt Schaffhausen verwirklicht eine kinder- und jugendfreundliche Stadt. Zu diesem Zweck setzt sie sich ein für die Kooperation zwischen den verschiedenen Akteuren rund um das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen (zwischen Fachstellen, Verwaltung, privaten und wirtschaftlichen Anbietern) und fördert so deren

Vernetzung untereinander.

Leitlinie 2:

Kinder und Jugendliche finden in der Stadt Schaffhausen vielfältige Orte, an denen sie sich gerne aufhalten. Für Kinder und Jugendliche stehen in Schaffhausen jeweils interessenorientierte Angebote der Freizeitgestaltung, unterschiedlich nutzbare Räume und eine gut zugängliche Infrastruktur zur Verfügung.

Leitlinie 3:

Die Stadt Schaffhausen beteiligt Kinder und Jugendliche. Sie werden gehört und können in Belangen, die sie betreffen, mitreden, mitgestalten und Verantwortung übernehmen.

Diese Leitlinien wurden vom Stadtrat gutgeheissen und verabschiedet. Dies ist letzte Woche am 20. November, am UNO-Tag der Kinderrechte, kommuniziert worden. Damit diese Leitlinien - und darum geht es ja eigentlich - nicht nur ein Commitment bleiben, wird unter der Federführung der Quartierentwicklung die Umsetzung von Massnahmen vorangebracht. So sollen Kinder und Jugendliche verstärkt Gelegenheit erhalten, Erwachsene für die Anforderungen an eine kinder- und jugendgerechte Stadt aus ihrer Sicht zu sensibilisieren. Zudem sollen die beteiligten Akteure einander noch mehr als bisher informieren und Fachwissen oder Ressourcen zugänglich machen. Hierzu findet anfangs 2016 eine entsprechende Auftaktveranstaltung statt, zu der alle interessierten Akteure rund um das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen eingeladen werden.

Wichtig scheint mir, dass die Leitlinien wirkungsvoll und unbürokratisch umgesetzt werden können. Denn nur eine solche Umsetzung kommt schlussendlich den Kindern zu Gute. Referate, die sich mit Kinder- und Jugendthemen befassen – wie beispielsweise beim Spielplatzbau der Bereich Grün Schaffhausen oder der Hochbau beim Kindergartenbau – sollen sinn- und wirkungsvolle Mitwirkungs- und Gestaltungsmöglichkeiten für und mit Kindern suchen. Ein positives Beispiel ist der Spielplatzbau. Bei zahlreichen Projekten bezieht Grün Schaffhausen die Bedürfnisse von Kindern und Familien mit ein. Bea Will hat sich als Expertin einen Namen gemacht und stellt ihr Know-how jeweils zur Verfügung. Die Erarbeitung der Leitlinien hat gezeigt, dass Bereichsleitende aus verschiedenen Amtsstellen wie Bau, Grün, Bildung oder Stadtplanung motiviert sind, den Kindern ein möglichst optimales Umfeld zur Verfügung zu stellen. Motivierte Kadermitarbeitende und der politische Rückhalt des Stadtrates sind ein Schlüssel für eine erfolgreiche Umsetzung der Leitlinien.

Ebenfalls zu erwähnen gilt es das Projekt im Quartier Niklausen. In Zusammenarbeit von Quartierentwicklung und dem Quartierverein Niklausen wurde eine Befragung im Quartier durchgeführt, um auf die Kinderfreundlichkeit des Quartiers Niklausen aufmerksam zu machen und, wo nötig, Überprüfungen vorzunehmen. Auch hier ist es das Ziel der Stadt, auf pragmatische Weise und in Zusammenarbeit mit den lokalen Akteuren vor Ort bisherige bestehende Strukturen und bestehendes Engagement in der Bevölkerung zu stärken. Fakt ist nämlich, dass beim näheren Hinschauen bereits sehr viel für und mit Kindern und deren Eltern gemacht wird. Das Aufzeigen und die Wertschätzung und Bewerbung der bestehenden Angebote ist dabei oft entscheidender als die Lücken im Angebot.

Ein weiteres wichtiges Projekt ist die Prüfung eines Familienzentrums, das im Rahmen der Umsetzung zur Vorlage frühe Förderung entwickelt wird. Es soll das Kompetenzzentrum zur frühen Förderung und Anlaufstelle für Familien und deren

Anliegen werden. Dazu werden bestehende Fachstellen im Bereich der frühen Förderung, wie beispielsweise der Mütter-Väter-Beratung, in einem Haus zusammengezogen. In vielen Städten wurden solche Projekte bereits erfolgreich umgesetzt, und sie treffen ein Bedürfnis von vielen Familien, die sich vernetzen und informieren wollen.

Sie sehen, dass der Stadtrat die Sache ernst meint, und er hat sich bereits daran gemacht, die Bedingungen für eine kinder- und jugendfreundliche Stadt zu definieren und auch wirkungsvoll und unbürokratisch umzusetzen.

Stellungnahme zum Postulat: Der finanzielle Aufwand für die Erreichung des Labels belaufen sich auf rund CHF 15'000.-- bis CHF 20'000.--. Diese werden alle vier Jahre für eine Erneuerung des Labels wiederkehren. Hinzu kommt ein erheblicher Aufwand für die verwaltungsinternen Arbeiten; den Aufwand also, den wir mit dem Projekt der Fachhochschule und dem Erarbeiten der Leitlinien bereits initiiert haben.

Ein Label einer so renommierten Organisation ist bestimmt wünschenswert und wäre in Sachen Öffentlichkeitsarbeit ein Gewinn. Wie bereits ausgeführt, hat sich der Stadtrat jedoch bereits auf den Weg hin zu einer kinder- und jugendfreundlichen Stadt gemacht. Ihm ist dabei wichtig, dass er nahe bei den Betroffenen und in Zusammenarbeit mit Akteuren wirkungsvoll und pragmatisch vorgeht. Er hat zudem auch die Aussensicht der Fachhochschule St. Gallen erhalten. Dieses Vorgehen deckt sich mit der Empfehlung der UNICEF, nämlich aufgrund einer externen Sichtweise und unter Einbezug der Betroffenen, Massnahmen zu einer verbesserten Kinder- und Jugendfreundlichkeit zu erreichen. Der Stadtrat ist deshalb der Auffassung, dass der Fokus in dem nächsten Jahre auf der Umsetzung der Leitlinien liegen soll. Das Ziel hat er noch nicht erreicht und ist deshalb gerne bereit, ein Postulat mit folgendem Wortlaut entgegenzunehmen:

Der Stadtrat wird aufgefordert Massnahmen zu prüfen, wie die Kinderfreundlichkeit der Stadt Schaffhausen verbessert werden kann.

Damit wäre sichergestellt, dass die Stadt Schaffhausen ihren Weg zu mehr Kinderfreundlichkeit weiterführen kann und den Prozess nicht von vorne beginnen muss, nur um ein mögliches Label zu erreichen. Wir denken, dass mit dieser Anpassung dem Anliegen des Postulanten Rechnung getragen, und nicht ein Papiertiger entsteht, sondern die Wirkung bei den Menschen ankommt, die es treffen soll: Bei den Kindern, Jugendlichen und deren Familien. “

Urs Tanner (SP)

Votum

”Sie wollen mich überzeugen, das Postulat in einen Interpellation umzuwandeln. Sie haben Recht - ich wandle um. Der Stadtrat war zu schnell für mich. Ich danke Ihnen. Diese drei Leitlinien überzeugen mich und die Abänderung des Postulates finde ich überflüssig, denn es ist ja alles am Laufen. Vielen Dank nochmals. Ich wandle das Postulat in eine Interpellation um.”

Die **Ratspräsidentin** stellt fest, dass der Postulant, gestützt auf Art. 57 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Grossen Stadtrats (GO), den Vorstoss in einen untergeordneten umgewandelt hat, nämlich in eine Interpellation. Gemäss Art. 59 Abs. 5 GO findet eine Diskussion dann statt, wenn ein Ratsmitglied dies beantragt.

Bea Will (AL) stellt Antrag auf Diskussion.

Bea Will (AL)

AL-Fraktionserklärung

„Die Bewerbung um das Label der UNICEF „Kinderfreundliche Gemeinde“ ist grundsätzlich eine sehr schöne Idee. Jetzt ist es so, dass der Stadtrat rechtzeitig zum Tag der Kinderrechte am 20. November 2015 Leitlinien zur Kinder- und Jugendfreundlichkeit der Stadt Schaffhausen veröffentlicht und verabschiedet hat und damit der Überweisung des Postulats von Urs Tanner vorgreift. Uns ist es wichtig, dass bei der Umsetzung dieser Leitlinien die Vorgaben des UNICEF-Labels als Orientierungshilfe dienen, die Stadt aber frei ist, zusätzlich anhand eigener Ideen von verschiedenen Akteurinnen und Akteuren die Gemeinde kinderfreundlicher zu gestalten.

Mit oder ohne Label, Schritte in Richtung kinderfreundliche Gemeinde sollen weiter und neu eingeführt werden, sie sollen verbindlich sein und nach und nach umgesetzt werden. Das versprechen uns die neu verabschiedeten Leitlinien, und in diesem Sinn kann das Postulat überwiesen oder geändert in eine Interpellation diskutiert werden.

Schaffhausen hat schon einiges auf den Weg gebracht und umgesetzt im Bereich Kinder- und Jugendfreundlichkeit. Es bleibt aber noch vieles offen, was es anzupacken gilt, und Bewährtes muss erhalten bleiben in den nächsten Jahren.

Der „Tag der Kinderrechte“ ist vorbei, und Weihnachten steht schon bald vor der Tür. Deshalb überreiche ich Parlament und Stadtrat heute und wiederholend an der Auftaktveranstaltung der Leitlinien unseren Wunschzettel für die Kinder in der Stadt Schaffhausen:

1. Kinder und Jugendliche sollen weiter über die Jugendarbeit und die Quartierentwicklung an Projekten teilhaben, wo sie sich direkt in ihrem Quartier für ihre Interessen einbringen können.
2. Das Spielmobil ist ein solches Projekt, das sehr gut angelaufen ist und unbedingt weitergeführt werden soll.
3. Die Umsetzung des Massnahmenplans „Frühe Förderung“ inklusive Prüfung eines Familienzentrums, das wir in einem Postulat überwiesen haben, gehört dazu. Besondere Massnahmen für die Kinder, die als Flüchtlinge ankommen, sollen dabei ergänzend getroffen werden.
4. Die Lücken im Spielplatzkonzept von Grün Schaffhausen (aus dem Jahr 1996) sollen nach und nach geschlossen, und Spielplätze, welche noch fehlen, realisiert werden. Weiterhin sollen alte Spielplätze repariert, ergänzt oder, wenn notwendig, saniert werden. Der nächste Akt in diesem Bereich wird die Waldspielplatzsanieung im Quartier Niklausen sein, die Ende November von der Planungs- in die Umsetzungsphase geht. Wir freuen uns auf das nächste Spielplatzfest im Frühjahr 2016.
5. Viele Kinder, Jugendliche und Erwachsene erwarten gespannt die Realisierung des Skateparks im Dreispitz/Herblingen als neuen Generationentreffpunkt und Outdoor-Bewegungsraum.
6. Die Neugestaltung des Schauweckergutparks zu einer Begegnungsoase am

Rhein könnte im „Masterplan Rheinufergestaltung“ in der Realisierung vorgezogen werden, da der Plan zur Neugestaltung dieses Parks längst vorliegt und dieses Teilstück nicht das teuerste, aber eines der attraktivsten für die Bevölkerung und Ausflügler werden wird.

7. Die Infrastruktur für unsere Kinder kann im Bereich Schulwegsicherung an manchen Orten der Stadt verbessert werden, zum Beispiel in Form von längeren grünen Ampelphasen bei Fussgängerstreifen, wo sehr viele Kinder die Strasse queren müssen, beispielsweise an der Ecke Bachstrasse/Schlagbaumstrasse.
8. Das Anbringen von Wickeltischen auf öffentlichen Toiletten, überhaupt ein WC oder Toi-Toi in unmittelbarer Nähe jedes grösseren Spiel- oder Sportplatzes der Stadt, sollte eine Selbstverständlichkeit sein. Gerne dürften diese öffentlichen Toiletten nicht nur für die männlichen Benutzer kostenlos sein, denn, wenn kein WC zu erreichen ist oder man als Elternteil kein „Füfzgerli“ im Sack hat, ist das sehr unangenehm für Betreuungspersonen und Kinder.

Der Wunschzettel wäre noch um einige Punkte erweiterbar. Die Prioritäten habe ich ausgeführt. Es sind damit von unserer Seite genug konkrete Inputs zur Gestaltung einer kinder- und jugendfreundlichen Stadt eingebracht. Da es sich nicht nur um Wünsche von uns Erwachsenen für die Kinder, sondern um die Wünsche der Kinder für Kinder der Gemeinde handelt, habe ich in Vorbereitung dieser Fraktionserklärung auch meine Kinder kurz nach ihren Wünschen gefragt:

Der Grosse wünscht sich schon seit er klein ist eine Jugendfeuerwehr, die Mittlere könnte sich einen kleinen Tierpark oder einen Mini-Munot als Spielburg, ergänzend auf einem der Spielplätze der Stadt, gut vorstellen und der Kleinste wünscht sich einfach Glück für jedes Kind in unserer Stadt.

In diesem Sinn: Danke für Ihre Aufmerksamkeit, Danke Urs Tanner für seinen Vorstoss und Danke dem Stadtrat für die Verabschiedung der Leitlinien - wir freuen uns sehr auf die Umsetzung. “

Mitteilung der Ratspräsidentin, Dr. Cornelia Stamm Hurter (SVP):

“In Ergänzung dazu kann ich Ihnen mitteilen, dass die Feuerwehr Buchberg jedes Jahr einen Kinderfeuerwehrtag macht. Vielleicht könnte Ihr Sohn einmal teilnehmen.”

Beat Brunner (EDU)

SVP/EDU-Fraktionserklärung

“In Anbetracht dessen, dass es jetzt eine Interpellation ist, ist mein Text natürlich nicht mehr ganz massgebend. Aber ich werde einige Punkte daraus nehmen.

Schaffhausen will eigentlich einzigartig und führend sein – aber dies sind wir schon. Wie die ganze Schweiz vorletzte Woche in der News-Sendung 10vor10 sehen konnte. Sind wir in der Gestaltung von altersgerechten Quartieren Spitze, und es wurde gesagt, dass andere Städte unser Konzept übernehmen wollen. Wie zu erfahren war, werden hohe Schwellen abgebaut, vielbefahrene Kreuzungen entschleunigt, Gehwege rollatorgerechter gemacht. Und wie Julia Onken in ihrer Kolumne im Sonntagsblick letzte Woche ausführte, ich zitiere: “Mit dem Älterwerden schliesst sich der Lebenskreis allmählich wieder, das Ende rückt zum Anfang hin.”

Und hier geben Sie mir sicher Recht, ein Rollator-Fahrer hat die gleichen Bedürfnisse

wie eine Mutter mit Kinderwagen. Kleine Kinder wollen auch niedrigere Schwellen, und 30er-Zonen haben wir in Schaffhausen wahrscheinlich mehr als in vielen anderen Städten.

Wenn ich von meinem Wohnort an einen meiner Arbeitsorte in Schaffhausen fahre, muss ich bis 4 30er-Zonen durchfahren, und zwar auf Zubringer-, nicht nur auf Quartierstrassen. In unserer Nähe steht ein Kindergarten in einer 30er-Zone. Es hat in diesem Quartier sicher vier Zebrastreifen, was ich auch gut finde, obwohl das Gesetz eigentlich sagt, dass in 30er-Zonen keine Zebrastreifen gehören. Schaffhausen macht jetzt schon mehr für Kinder und ältere Menschen als viele andere Gemeinden.

Nun, das mit dem Label hat sich erledigt, weil wir es nicht wollen. Das hat uns SR Simon Stocker gesagt, die Kosten dafür wären wiederkehrend. Aber dies hat sich mittlerweile erledigt.

Wir machen auch sehr viel für die Frühförderung. Wir hörten bei der Fachveranstaltung am 28. Mai 2015 in der Breitenau, wie der Stand der Frühförderung ist. Wir machen schon sehr viel in Schaffhausen sowohl für jüngere als auch für ältere Bürger."

Dr. Nathalie Zumstein (CVP)

ÖBS/CVP/EVP/GLP-Fraktionserklärung

"Ich darf Ihnen die Fraktionserklärung der ÖBS/CVP/EVP/GLP-Fraktion vorlesen. Sie hat sich eigentlich mehr oder weniger erübrigt, aber ich möchte doch noch für das Postulat danken.

Unsere Fraktion hat das Postulat diskutiert. Wir haben von Anfang an schon gedacht, dass eine Umwandlung in eine Interpellation sinnvoll wäre. Ich bin froh um die Ausführungen von SR Simon Stocker, die verdeutlichen, wie viel die Stadt bereits für die Kinderfreundlichkeit tut. Mir selbst war nicht bewusst, wie wenig eigentlich bekannt ist, da ich von der Schule her sehr gut über diese Arbeiten informiert bin. Aber es ist gut, dass es der Stadtrat jetzt noch einmal für die Öffentlichkeit ausgeführt hat.

Niemand von uns hat übrigens vor dem Vorstoss von diesem Label gewusst. Ich weiss nicht, ob jemand von Euch dieses Label bereits gekannt hat.

Ich denke, dass zuzugswillige junge Familien nicht unbedingt nach einem Label fragen, sondern konkret wissen wollen, ob attraktive Wohnungen da sind, ob gute Schulen vorhanden sind, Tagesstrukturen, ein angenehmes Wohnumfeld und Möglichkeiten für Freizeitgestaltung. Dies ist viel wichtiger als ein Label.

Wir haben, wie gesagt, schon in unserer Fraktionssitzung gesagt, wir würden das Postulat gerne in eine Interpellation umgewandelt haben. Dies wurde bereits gemacht, vielen Dank."

Das Geschäft ist erledigt.

SCHLUSSMITTEILUNGEN DER RATSPRÄSIDENTIN

„Ich habe eine sehr nette Einladung auf dem Tisch gefunden. Martin Egger lädt Rats- und Bürokollegen vorbehaltlich seiner Wahl zur Wahlfeier am 15. Januar 2015 ein. Ich bitte Sie, von der Möglichkeit Gebrauch zu machen, sich bei Martin Egger anzumelden, damit er entsprechend planen kann.

Es gibt keine Neueingänge zu verzeichnen.

Die nächste Sitzung findet am 8. Dezember 2015 statt. Es wird eine Doppelsitzung mit Beginn um 16 Uhr sein. Thema wird das Budget 2016 der Einwohnergemeinde Schaffhausen sein.”

Die **Ratpräsidentin** beendet die Sitzung um 20:16 Uhr.

Die Ratssekretärin:

Die Protokollführerin:

Gabriele Behring

Veronika Michel

Schaffhausen, 17. Dezember 2015 gbehr